

Sommer 1995 / Nummer 3

Preis: 20 Schilling

Solidaritätspreis: 30 Schilling

DIE **VORWÄRTS** EINHEIT

Gegenwehr ★ Solidarität ★ Sozialismus

AKTION HANDELN

Die Kürzungspolitik der Bundesregierung setzt sich nun auch im Bereich der Erwachsenenbildung durch. Das Wissenschaftsministerium hat in diesem Bereich gleich um 19 Prozent gekürzt.

Wie sich diese Kürzungen konkret auswirken werden, ist heute noch schwer zu sagen, einige Projekte müssen jedoch MitarbeiterInnen kündigen oder zusperrern - oder sind in der Zukunft davon bedroht. Dazu kommt, daß sich das Arbeitsmarktservice (AMS) aus der Finanzierung vieler Bereiche zurückzieht; so sind zum Beispiel in Niederösterreich einige Frauenhäuser von der Schließung bedroht. Auf

Landesebene setzt sich dieser Trend fort - zum Beispiel das Projekt der Wiener Volksbildung "Interkulturelles Lernen". Die Kolleginnen und Kollegen in die-

sem Bereich (Bildung und Integration) arbeiten bereits jetzt unter harten und ungünstigen Bedingungen, da oft ein hohes Maß an persönlichem Engagement bei relativ schlechter Bezahlung (oft auch bei Teilzeitbeschäftigung) verlangt wird.

Um dieser für ArbeitnehmerInnen äußerst negativen Entwicklung entgegenzutreten, hat sich nun die "AKTION Handeln" gegründet! Diese Unterschriften-Aktion wird von einigen ehemaligen IKL-Beschäftigten, BetriebsrätInnen sowie

dem **VORWÄRTS**-Gewerkschafts-Stamm-tisch getragen. Viele IKL-Kolleginnen und -Kollegen haben in ihrem Arbeitskampf wichtige Erfahrungen gemacht, die nun KollegInnen aus anderen Bereichen zugute kommen sollten. Die Unterschriften-Aktion richtet sich an die Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) als meist betroffene Gewerkschaft des ÖGB.

Die "AKTION Handeln" fordert:

* Volle Information der Betroffenen durch Betriebsversammlungen und Veranstaltungen. - Viele Beschäftigte kennen das Ausmaß der Kürzungs- und

Belastungspolitik der Regierung nicht oder wissen nicht genau, wie "ihr" Verein oder "ihre" Dienststelle davon betroffen ist.

* Eine bundesweite Konferenz von Leuten und BetriebsrätInnen aus betroffenen Bereichen, um gewerkschaftliche Gegenmaßnahmen vorzubereiten und durchzuführen. Es gibt eine Vielzahl von Projekten, Vereinen, Organisationen, Instituten und öffentlichen Einrichtungen, die im sozialen Bereich (zum Beispiel Integration, Bildung, Frauenpolitik, Flüchtlingshilfe u.s.w.) arbei-

ten - ihre Arbeit ist unverzichtbar. Wir müssen jetzt jeden Versuch zurückschlagen, Kürzungen auf Kosten der Sozialpolitik durchzusetzen - und fordern die Gewerkschaften auf, jetzt zu **HANDELN!**

AUFRUF: Es gibt die Unterschriften-Liste "AKTION Handeln" - bitte unterschreiben, weiter erzählen und kopieren. Ausgefüllte Listen bitte an **VORWÄRTS** - Postfach 2, 1082 Wien schicken - wir sammeln sie und reichen sie an die GPA-Vertreter/innen weiter.

JETZT aktiv werden gegen die Belastungs- und Kürzungspolitik der Regierung - Informationen gibt es bei der **EINHEIT**-Redaktion, Postfach 2, 1082 Wien.

Die Redaktion, 1. Juli 1995 ●

INHALT:

**Aktion HANDELN
Kampf gegen Sozialabbau
KONSUM - Die Pleite
AUS für IKL - Analyse
Gewerkschaft der
Gemeindebediensteten
Personalabbau bei OMV
Aktion FAIRNESS
Wirtschaft und Börse
ÖGB-NEWS**

Damit diese Gewerkschaftszeitung auch ein Erfolg wird, sind wir auf Eure Hilfe angewiesen - wir brauchen Geld und Informationen über Neuigkeiten aus den Gewerkschaften.

Schreibt uns über Erfahrungen und Probleme. Wir helfen gerne. ●

Widerstand

Neues aus der „Plattform gegen das Belastungspaket“: SOZIALER RATSCHLAG im Herbst geplant! Im Herbst 1995 wird es wieder einen breiten Widerstand gegen das „neue“ Belastungspaket der Regierung, gegen den allgemeinen Sozialabbau geben. Wie ist es dazu gekommen?

● Michael Gehmacher
GPA-Mitglied

Am 25. März 1995 demonstrierten über 10.000 Menschen in Wien gegen das „Sparpaket 95“ der Koalitionsregierung. Zu dieser Demonstration hatte eine bundesweite „Plattform gegen das Belastungspaket“ aufgerufen. In dieser Plattform sind viele Sozialinitiativen, Gewerkschaftsorganisationen, BetriebsrätInnen, Jugendorganisationen u.s.w. organisiert.

Die Demonstration wurde in letzter Minute auch von GPA-Vorsitzenden Koll. Sallmutter per Fax unterstützt. Das wiederum veranlaßte Kurier-Chefredakteur Rauscher, von einer GPA-Demonstration am 25. März zu schreiben, die „sicherlich ein Mitgrund“ für den Rücktritt von Finanzminister Lacina gewesen sei. Erwähnt wird von Rauscher ausdrücklich, daß bei der Demonstration rote Fahnen zu sehen waren. Gut beobachtet, Herr Rauscher. Allerdings happert es sehr beim politischen Durchblick!

Obwohl das Entstehen der Plattform (gegen das Belastungspaket) von den bürgerlichen Medien und vom ORF boykottiert wurde, (Das muß man ja verstehen, denn zum tausendsten Mal „ÖVP-Krise“ war damals eben mehr „Information“) hatte die Demonstration ein gutes Echo in den Medien und war insgesamt ein großer Erfolg. - Das sollten wir angesichts des neuen Belastungspakets 96, das uns bald ins Haus steht, in Erinnerung behalten.

VORWÄRTS

Durch die Mitarbeit von VORWÄRTS-UnterstützerInnen konnten wir auch einige positive Zeichen setzen. Es wurde unser Vorschlag, sich mit laufenden Arbeitskämpfen zu solidarisieren, von der Plattform angenommen. Als bekannt wurde, daß die Stadt Wien (Vzbgm. Laska) das Projekt Interkulturelles Lernen (IKL) mit

30. Juni 1995 einstellen wird, gab es eine breite Unterstützung für die betroffenen KollegInnen von Seiten der Plattform. Doch leider: Diese Aktionen schlofen nach der großen Demonstration wieder ein. Bei der Konsum-Krise, bei der DDSG-Pleite, bei den Problemen in der Lenzing AG konnte die Plattform zu keiner Solidaritätsaktion bewegt werden. Außer einer Podiums- und Diskussionsveranstaltung zum Thema „Steuerrecht - Umverteilung“ gab es kaum Aktivitäten.

Heißer Herbst?

Nun wird es eine neue Veranstaltung der Plattform geben: Der „Soziale Ratschlag“ am 16. September 95. Diese Veranstaltung soll als „Parlament von unten“ organisiert werden und statt einem „Sparpaket“ ein offensives Sozialprogramm beschließen. Die Arbeit an diesem Sozialprogramm hat bereits begonnen, erfahrene Organisationen im Sozialbereich wie der Österr. Dachverband der SozialarbeiterInnen oder die „Plattform gegen die neue Wohnungsnot“ haben bereits Beiträge geliefert. Eine neugegründete „Initiative gegen Sparpakete und Bildungsabbau“ präsentierte einen Forderungskatalog, der auf einer großen AHS-Lehrer-Versammlung beschlossen wurde. Ein frischer Wind, den wir durch unsere Mitarbeit verstärken wollen.

Unsere Ziele

Es ist wichtig, daß beim „Sozialen Ratschlag“ im Herbst 1995 vor allem betroffene KollegInnen (Arbeitslose, alleinerziehende Mütter, Wohnungssuchende etc.) zu Wort kommen und für sie eine breite (möglichst auch mediale) Öffentlichkeit zu schaffen. Das soziale Elend und die Armut werden totgeschwiegen. Dieses Schweigen zu durchbrechen, ist eines unserer Ziele. Erfreulicherweise ist für den 16. September auch eine Straßenaktion zum Thema Arbeitslosigkeit geplant. Wenn BetriebsrätInnen für den Erhalt von Arbeitsplätzen

kämpfen, wenn Frauenhäusern die finanzielle Luft ausgeht, wenn bei Integrations- und Bildungsprojekten gekürzt wird, wenn Arbeitsloseninitiativen vor Arbeitsämtern protestieren - also immer dann, wenn Menschen für soziale Rechte kämpfen, sollte die Plattform aktiv werden, dabei sein und diese Initiativen unterstützen.

An einem Strang ziehen - gegen Sozialabbau und Kündigungen

In „unserem“ kapitalistischen System werden ständig Menschen gegeneinander aufgehetzt und Vorurteile aufgebaut. Daher wird vielleicht so mancher Arbeiterbetriebsrat Berührungängste mit einem autonomen Frauenhaus oder einer AusländerInneninitiative haben, was auch umgekehrt der Fall sein kann. Hier könnte die Plattform ein Treffpunkt sein, den sozialen Kampf zu bündeln. Wichtig wird auch sein, die Gewerkschaftsführung (zum Beispiel mit einer Unterschriften-Aktion) zur Mitarbeit und zum offensiven Kampf gegen Sozialabbau aufzufordern. Viele Großunternehmen ziehen derzeit Personalabbau und Sozialkürzungen kompromißlos durch. Wenn es der Plattform gelänge, betroffene Beschäftigte und BetriebsrätInnen an einen Tisch mit anderen Initiativen zu bringen, und wenn dieser Kreis weitere Betroffene ansprechen würde, könnte die Plattform eine viel breitere Bewegung werden. Viele GewerkschafterInnen sind mit der jetzigen ÖGB-Politik unzufrieden. Wenn die Plattform versucht, dieses Potential zu erreichen, kann ein erfolgreicher Kampf gegen Sozialabbau geführt werden.

Darum eine Aufforderung an alle Sozialinitiativen, GewerkschafterInnen, Berufsverbände und betroffene Menschen: Schließt Euch der „Plattform gegen das Belastungspaket“ an, beteiligt Euch an den Aktionen und helft mit bei der Organisation! Infos gibt es bei der Redaktion **EINHEIT!** ●

Konsum

ein historischer Abriß und einige Aussichten

1844 schlossen sich 44 Weber in Rochdale, Mittelengland, zum ersten Arbeiterkonsumverein zusammen. Sie gingen als die „Pioniere von Rochdale“ in die Geschichte der Konsumvereine ein. Der Zweck der Gründung war, ein Gegenstück zum überteuerten privaten Einkauf zu schaffen. Die Gewinnausschüttung hing nicht von der Menge der Anteile, die das einzelne Genossenschaftsmitglied besaß, sondern von der Höhe der Einkäufe im letzten Jahr ab. So wurden drei Prozent des Wertes der gekauften Waren am Ende des Jahres rückerstattet.

● Ali Kropf, Linz
Mitglied der GPA-Jugend und
Konsum-Beschäftigter

Das Beispiel der „Pioniere von Rochdale“ machte schnell Schule und breitete sich rasch auf Frankreich, Deutschland und schließlich auch auf Österreich aus. So wurde dann 1856 in Teesdorf bei Wiener Neustadt der erste Konsumverein Österreichs gegründet. Vorerst entwickelten sich aber die Konsumgenossenschaften unabhängig und teilweise auch parallel zur Arbeiterbewegung. Viele der Genossenschaften hatten ihren Ursprung im Liberalismus, sie wurden auch von Liberalen geleitet und standen daher im Gegensatz zur Sozialdemokratie des 19. Jahrhunderts. Die Sozialdemokraten wollten nicht allein durch „Selbsthilfegruppen“, was die Konsumvereine waren, die Gesellschaft verbessern. Sie kämpften damals für eine radikale Änderung des kapitalistischen Systems, das Ausbeutung und überteuerte Lebensmittel erzeugte; darum die Skepsis der damaligen sozialdemokratischen Führung gegenüber den Konsumvereinen.

Konsumgenossenschaften als Konkurrent des privaten Handels

Die Beziehung zwischen Konsumvereinen und Sozialdemokratie in Österreich änderte sich erst nach der Wirtschaftskrise von 1873. Die Liberalen hatten an Bedeutung verloren, ihre Konsumvereine die Krise nicht überstanden und so begannen sich verstärkt, Arbeiterkonsumvereine unter der Führung der So-

zialdemokratie zu bilden. Allmählich traten die Konsumgenossenschaften in immer schärfere Konkurrenz mit dem privaten, profitorientierten Handel. So erklärte der mittelständische Handel den Konsumvereinen den Krieg. Dieser erlangte zum Beispiel in Deutschland ein Verbot des Verkaufs an Nichtgenossenschaftsmitglieder und einen Lieferboykott der Großhändler. In Österreich war es die Christlich-soziale Partei, der Vorläufer der heutigen ÖVP, die gegen die Konsumvereine kämpfte. Nicht umsonst wurde diese Partei auch oft als „Kleingreißler Partei“

bezeichnet. Sie hatte ihre Stütze im Kleinbürgertum, das seinen Lebensunterhalt hauptsächlich aus den Einkünften ihrer Greißler- oder Kleinhandwerksbetriebe bezog. Um sich vor den Angriffen des privaten Handels zu schützen, wurde schließlich auch in Österreich eine Dachorganisation der Konsumgenossenschaften geschaffen. Es war das die GÖC, die Großeinkaufsgenossenschaften Österreichischer Konsumvereine. Die einzelnen regionalen Genossenschaften blieben aber weiterhin unabhängig. Langsam begann die GÖC, eigene Produktionsbetriebe aufzubauen. Das hatte den Vorteil, eine größere Unabhängigkeit gegenüber den privaten Großhändlern (d.h. Kapitalisten) zu erlangen.

Faschismus bringt vorläufiges Ende der Konsumgenossenschaften

Während des Austrofaschismus, in der Zeit von 1934 bis 1938, wurden die Kon-

Dafür kämpft VORWÄRTS

- ☛Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!
- ☛12.000 öS Mindestlohn netto für alle ArbeitnehmerInnen!
- ☛Einen garantierten Ausbildungsplatz für jedeN und demokratische Schulen!
- ☛30 m² Wohnraum für jedeN, Mieten bis max. 10% des Nettoeinkommens!
- ☛Rigoreuse Bestrafung aller Umweltverbrechen, bei radikaler Verschärfung der Auflagen. Umweltschutz und Arbeitsplätze müssen keine Gegensätze sein.
- ☛Drohen Unternehmer mit Arbeitsplatzabbau, müssen sie enteignet werden!
- ☛Kampf um jeden Arbeitsplatz und um soziale Verbesserungen für die arbeitende Bevölkerung und ihrer Familien!
- ☛Gegen die Diskriminierung von Frauen; gleiche Rechte in allen Bereichen!
- ☛Völlige rechtliche und soziale Gleichstellung von In- und AusländerInnen!
- ☛Kein Ausverkauf der Verstaatlichten! Schluß mit der Privatisierungspolitik!
- ☛Nein zur Sozialpartnerschaft.
- ☛Facharbeiterlohn für bezahlte Funktionäre, um bürokratische Auswüchse zu verhindern!
- ☛Für eine gewerkschaftliche Offensive gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit!
- ☛Für eine starke, internationalistische und offensive Gewerkschaftsbewegung!
- ☛Kampf für eine sozialistische Politik in Betrieb, Ausbildungsplatz, Gewerkschaft und SPÖ!
- ☛Vergesellschaftung aller großen Konzerne und Überführung in demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung!
- ☛Ein sozialistisches Europa als erster Schritt zu einer neuen Weltordnung!

sumvereine und die GÖC in einer Zwangsmitgliedschaft dem Handelsbund eingliedert. Das war das vorläufige Ende der Konsumgenossenschaften. Denn damit war der Konsum den Bürgerlichen ausgeliefert. Sie bestimmten nun die Preise und Waren des Konsum. Nun standen auch in den Konsumfilialen Waren mit übersteuerten Preisen.

Nach den Austrofaschisten folgten die Nationalsozialisten, unter denen der Rest des Konsum verboten wurde. Der Konsum paßte nicht in das Konzept der Nazis. Jede Form von proletarischer Organisation wurde verboten und zerschlagen. Nach dem Zweiten Weltkrieg begann die Sozialdemokratie wieder mit dem Aufbau des Konsum. Anfänglich sollten die Konsumgenossenschaften, so die offizielle Propaganda der Sozialdemokratie, „nur“ die Zeit bis zur Änderung des Gesellschaftssystems überbrücken. Nach dem Krieg gab es eine Aufbruchstimmung unter den Arbeitern, aber jede Hoffnung auf eine Änderung des Gesellschaftssystems wurde, auch wegen der prokapitalistischen Haltung von SPÖ und ÖGB - enttäuscht. Je ferner aber die sozialdemokratische Führung auch ideologisch das Ziel des „Sozialismus“ rückte, desto wichtiger wurden die Konsumvereine für die SPÖ - als politische Legitimation und organisatorische Stütze. Nun ist es nicht verwunderlich, daß der Konsum nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Unterstützung der SPÖ und des ÖGB zum Handelsriesen wurde, hatte man sich doch vollständig in den bürgerlichen Staat integriert und viele politische Schaltstellen besetzt. Die Strukturen der Konsumgenossenschaft veränderten sich, die ursprünglichen Ziele der Genossenschaftsbewegung verschwanden auch aus dem Sprachschatz der Sozialdemokratie.

Entstehung des Konsum Österreich

1978 folgte ein weiterer Meilenstein in der Geschichte des Konsum. Die regionalen Konsumgenossenschaften wurden bis auf wenige Ausnahmen, zum Beispiel Konsum-Salzkammergut, zum Konsum Österreich zusammengeschlossen. Mitte der 80er Jahre setzte dann die rasante wirtschaftliche Talfahrt des Konsum Österreich ein. Der inzwischen neue Konsum-Chef Gerharter ging daran, das Familiensilber des Konsum zu verkaufen; ebenso fielen die 52 Begünstigungen für die Angestellten der „betriebswirtschaftlichen Sanierung“ des Konsum zum Opfer. So wurden etwa die Zusatzpensionen der einfachen Angestellten gestrichen, sowie die

Rückvergütung auf ein Prozent gekürzt. Bis März 1995 gelang es Gerharter, das wahre Ausmaß der Konsum-Pleite zu vertuschen. Aber auch die Funktionäre der SPÖ und des ÖGB in den Spitzengremien des Konsum sagten und taten nichts, um die Genossenschaftsmitglieder von der Situation des Konsums zu informieren.

Die Konsum-Pleite

Aber was geschieht jetzt mit den Konsum-Beschäftigten. Die Gehälter und Forderungen der Belegschaft, wie zum Beispiel Abfertigungen bei Kündigung, Urlaubsgeld usw., wird über den Insolvenzentgelt-Ausfallfonds bezahlt. Dieser Insolvenzentgelt-Ausfallfonds wird durch Zahlungen der Unternehmer (Derzeit 0,5 Prozent der Lohnsumme, das ergibt für heuer Einnahmen von drei Mrd. S; allerdings wird das Minus des Fonds bis Jahresende auf rund sieben Mrd. S ansteigen. Anm.d.Red.) gedeckt, damit eben im Falle einer Pleite die Gehälter der Angestellten und ArbeiterInnen die Löhne und Gehälter voll bezahlt werden können. Dieser Fonds ist allerdings pleite, sodaß der Staat Geld aus Steuermitteln aufbringen muß. Aber was passiert mit den gekündigten ArbeitnehmerInnen des Konsum? Es gibt keine Hilfeleistungen; außer dem Arbeitslosengeld und vielleicht einem Sozialplan der öffentlichen Hand für einige ehemalige Konsum-Beschäftigte. Angesichts der vielen Kündigungen spricht es für sich, daß das gesamte Management, allen voran Gerharter, Millionen-Forderungen an den insolventen Konsum stellen und daß die neue Unternehmensleitung eigentlich nur eines im Sinn hat: kündigen, verscherbeln (an private Großunternehmer) und den Konsum endgültig auflösen. (Im angeschlossenen Dokument über die Beschlußfassung des ÖGB-Vorstandes zum Verhalten der BAWAG und zur eigenen Verantwortung ist die Reaktion der ÖGB-Führung ersichtlich. Anm. d. Red.)

Versagen der SPÖ- und ÖGB-Führung

Durch die „Konsum-Pleite“ ermutigt bläsen aber nicht nur die Freiheitlichen zum Angriff auf die Rechte der arbeitenden Bevölkerung, sondern auch alle anderen bürgerlichen Politiker. Sie versuchen jetzt, uns (die ArbeiterInnen und Angestellten) als die Schuldigen hinzustellen. Das geht sogar soweit, daß die Beschäftigten des Konsum als „Plünderer des Insolvenzentgelt-Ausfallfonds“ beschimpft werden. Schüssel, Maderthaler, Haider und Co. se-

hen in der Konsum-Pleite eine neue Möglichkeit, die Rechte der ArbeitnehmerInnen weiter zu beschneiden. So ziehen sie Hand in Hand gegen die arbeitende Bevölkerung ins Feld. Der neue ÖVP-Vorsitzende Schüssel will den derzeit dreijährigen Zeitraum, in dem Ansprüche auf Lohn, Urlaubs- und Überstundenzahlungen rückwirkend geltend gemacht werden können, drastisch kürzen. Das heißt, daß man „alten“ Urlaub oder Überstunden nicht mehr ausbezahlt bekommt, wenn das Unternehmen pleite geht. Aber das allein wäre den Unternehmern noch zuwenig, darum stellen sie gleich noch die Abfertigung in Frage. Und falls die Arbeitervertretungen, die Gewerkschaften des ÖGB, auf diese Forderungen nicht eingehen, so will Schüssel, daß auch die ArbeitnehmerInnen in den „Pleitenfonds“ einzahlen. Maderthaler, Präsident der Bundeswirtschaftskammer (gesetzliche Unternehmervvertretung), geht gleich noch einen Schritt weiter. Er sagte: „Ich sehe nicht ein, wieso die Gläubiger in einem Insolvenzfall nur 40 Prozent bekommen, die Arbeitnehmer aber bis zu jeder Höhe voll befriedigt werden.“ Das hieße, daß die Konsum-Beschäftigten mit 40 Prozent ihres Gehaltes abgefertigt würden. Und um dem Ganzen noch die Krone aufzusetzen, soll das Verbot der „Änderungskündigungen“ aufgehoben werden. Das bedeutet, daß man vorerst gekündigt wird, um dann wieder - für weniger Gehalt - eingestellt zu werden.

SPÖ und ÖGB suchen nach einfachen Erklärungen

Die SPÖ- und die Gewerkschaftsführung versucht nun, die ganze Schuld am Niedergang des Konsum-Imperiums Gerharter in die Schuhe zu schieben. Natürlich ist Gerharter eine zentrale Figur bei der Pleite des Konsum, aber eine, die genau in die Struktur des Konsum paßte. Aber ein einziger Mensch kann unmöglich für das ganze Debakel verantwortlich gemacht werden. Aus SP- und Gewerkschaftskreisen wird verlautet, daß Gerharter keine andere Meinung als der seinen gelten ließ und daher als eine Art Diktator über den Konsum herrschte. Aber wer hat denn die Demokratie innerhalb der Genossenschaft immer weiter zurückgedrängt, bis sie letztlich nicht mehr vorhanden war? Es waren eben die Funktionäre der SPÖ und des ÖGB, die sich ihre gutbezahlten Plätze in den Konsumgremien uneingeschränkt erhalten wollten. Als 1990 in Betriebsversammlungen die Beschäftigten und BetriebsrätInnen bereits die Ablösung des

Das hat Folgen

Vorstandes forderten, wurden sie von der Partei- und Gewerkschaftsspitze nur als Nestbeschmutzer beschimpft. Schlußendlich kann man sagen, daß nicht die Idee des Genossenschaftswesens gescheitert ist. In einer demokratischen Genossenschaft wäre es selbstverständlich, daß die GenossenschaftlerInnen demokratische Kontrolle über ihre Betriebe haben. Doch über den Konsum herrschte ein abgehobener bürokratischer Apparat.

Der Konsum in seiner jetzigen Form hat rein gar nichts mit den ursprünglichen Konsumgenossenschaften der Arbeiterschaft zu tun. Die Konsum-Pleite ist eine Niederlage für die österreichische Arbeiterschaft - zugefügt von den bürokratischen Apparaten der SPÖ und des ÖGB, von einer abgehobenen Führung, die keinerlei Bezug zum realen Leben der Arbeiterschaft hat und jeden Anspruch auf eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft aufgegeben hat. ●

Zahlen zur Arbeitslosigkeit

193.101 Personen (99.159 Männer und 93.942 Frauen) waren im Mai 1995 bei den Arbeitsämtern vorgemerkt. Gegenüber dem Vorjahr ging die Gesamtzahl um 1.186 oder 0,6 Prozent zurück, gegenüber April um 9,0 Prozent. Arbeitslose Männer waren um 3,3 Prozent weniger, Frauen um 2,3 Prozent mehr als im Vorjahr registriert; zum Vormonat ergibt das bei beiden ein Minus (-11,5% bzw. -6,3%).

20.805 AusländerInnen waren ohne Beschäftigung, das sind um 4,3 Prozent weniger als vor Jahresfrist; zum Vormonat sank ihre Zahl um 4.746. Die Zahl der offenen Stellen (30.168) stieg gegenüber April zwar um 1.997 (+7,1%), lag aber immer noch um 4.832 oder 13,8 Prozent unter der Anzahl von Mai 1994.

Die Arbeitslosenquote wurde mit vorläufig 5,9 Prozent (April: 6,5%) verlautbart; die auf Basis des Mikrozensus berechnete Quote lautet 4,6 Prozent (April: 4,6%).

Die aktuellste Arbeitslosenquote der „EU der 15“ (inklusive der neuen Mitglieder Österreich, Schweden und Finnland) betrug saisonbereinigt für März 1995 10,8 Prozent (17,9 Millionen Arbeitslose). ●

Der Zusammenbruch des Konsum Österreich ist eine Riesenpleite - nicht nur finanziell, nicht nur gerechnet in verlorenen Arbeitsplätzen - sondern eine politische Riesenpleite der SPÖ. Diese Pleite hat eine politische Bedeutung für die österreichische Arbeiterbewegung; diese zu diskutieren, soll das Ziel dieses Artikels sein. Der Konsum steht für viele Dimensionen: Genossenschaftsbewegung, Geschichte der Arbeiterbewegung, Großkonzern, Privilegien und Bürokratie. Die SPÖ-Führung ist jedenfalls - gemessen an ihrer Reaktion - unfähig, die Tragweite ihrer eigenen Rolle bei der Konsum-Pleite zu erkennen.

● Thomas Kerschbaum
PV in der Gemeinde Wien
Namenslistenverbund KIV

Die Insolvenz des Konsum Österreich (KÖ) wird eine unendliche Geschichte - in mehrfacher Hinsicht. Es gibt nach wie vor die finanziellen Probleme bei der Abwicklung des Ausgleichs des KÖ. Die Kreditschutzverbände, die die Konsum-Lieferanten vertreten, streiten sich mit den Banken über die Höhe der Quote, mit der die Banken die Lieferantenforderungen befriedigen müssen. Mitte Juni 1995 bieten die Banken 50 Prozent des Wertes plus 5 Prozent („Superquote“). Im Falle einer höheren Ausgleichsquote soll nachgebessert werden. Die Kreditschutzverbände fordern aber eine 60 Prozent-Quote. Falls nicht 80 Prozent der Gläubiger des Konsum dem Angebot der Banken zustimmen, würde wohl die Konsequenz der Konkurs des Konsum sein. Ende Juni einigen sich (Quelle: Standard vom 28.6.95, Seite 15) Banken und Lieferanten auf eine Barquote von 55 Prozent für die Konsum-Migros-Warenhandelsgesellschaft (KMW) - das sind rund 1,5 Mrd. S; der Kreditschutzverband von 1870 und der Alpenländische Kreditorenverband (Gläubigerschutzverbände) werden ihren Mitgliedern empfehlen, für diese Quote zu votieren. Der Konsum hat rund 26 Milliarden S Verbindlichkeiten. Drei Konsum-Filialen (Stand 30.6.95) können laut Ausgleichsverwaltung derzeit nicht die für einen Aus-

gleich erforderliche Quote von 40 Prozent der offenen Forderungen erbringen. Die Banken bieten an, für jede Konsum-Tochter eine 40-Prozent-Quote zu garantieren. Die Ausgleichsquote liegt Ende Juni bei 41% im Schnitt für alle 23 insolventen Konsumunternehmen.

Mit der Konsum-Pleite sind natürlich aufgrund der großen Außenstände des KÖ viele Lieferanten in finanzielle Probleme gekommen. Doch die Großen der Branche setzen den KÖ und die Banken ihrerseits unter Druck, um sich möglichst viel vom Ausverkauf des Konsum zu holen. An der Pleite des Konsum wollen die privaten Konkurrenten natürlich verdienen und werden dies auch tun. Das Konsum-Management, das an einer möglichst hohen Quote für die Gläubiger eben auch Millionen verdient, ist ganz im Interesse der privaten Unternehmer aktiv. In der Schweiz hat die Konsum-Pleite auch Konsequenzen: Es ist zwar der „Handelsriese“ Migros mit einem blauen Auge davongekommen, aber die Industriebetriebe von Migros mußten drastische Verluste mit dem Wegfall des Konsum hinnehmen. Eine der Migros-Tochterfirmen wird heuer noch aufgelöst. Die Migros-Industriebetriebe hatten ihre Kapazität auf den Konsum ausgerichtet.

Der Konsum wird zerschlagen

Die BAWAG hat ebenfalls im Zuge des KÖ-Ausgleichs einen Beschluß gefaßt. Der Hauptaktionär ÖGB verkauft auf Beschluß des ÖGB-Vorstandes ein Aktienpa-

ket der BAWAG an die Bayrische Landesbank, die ebenfalls die BAWAG-Anteile des KÖ übernimmt. Der Konsum Österreich befindet sich im freien Fall - es wird alles verkauft, was Geld bringt. Es soll eine möglichst hohe Quote für die Lieferanten des Konsum und für die Banken (also für die privaten Unternehmen) erreicht werden. Es war von Anfang an kein Ziel des Ausgleichsverfahrens, den Konsum als Großunternehmen (und als große Genossenschaft) zu erhalten. Es wurde ein Management für die Abwicklung des Ausgleichs bestellt, das einen harten Kurs gegenüber der Belegschaft fährt. Bis Mitte Juni wurden in einer ersten Tranche 1.623 Beschäftigte des KÖ gekündigt und in einer zweiten Tranche zusätzlich 2.479, präventiv - wie die Unternehmensleitung sagt. Der KÖ wird seine Verkaufsfilialen zusperrn oder verkaufen, die Konsumgenossenschaft wird verschwinden. Die Genossenschafter erhalten vielleicht einen Teil ihrer Einlage zurück. (Die 725.742 Genossenschaftsmitglieder müssen wahrscheinlich 60 Prozent ihrer Einlage abschreiben. Alle Einlagen stehen in der Bilanz 94 immerhin als Summe von 650 Mio. S. Anm. d. Red.) Ende Juni meldete der KÖ weitere 500 Beschäftigte der Dogro-Goßmärkte in Westösterreich bei der Arbeitsmarktverwaltung zur Kündigung an. Die sieben nach der Trennung von Migros beim Konsum verbliebenen Dogro-Großmärkte müssen geschlossen werden, so der Konsum-Generaldirektor Hansjörg Tengg. Aber auch beim nicht in Ausgleich befindlichen Konsum-Kaufhaus-Tochterunternehmen Gerngross wird es zu Schließungen kommen.

Informationsbüro eingerichtet

Die Gewerkschaften GPA, HTV und ANG haben ein Informationsbüro für die Konsum-Beschäftigten eingerichtet und es wird an Arbeitsstiftungen für gekündigte Konsum-Beschäftigte gewerkt. In Wien soll der soeben gegründete Arbeitnehmer-Förderungsfonds (WAFF) eine eigene Wiener „Insolvenzstiftung“ finanzieren. Diese „Insolvenzstiftung“ soll 2.000 arbeitslosen Konsum-Beschäftigten die Umschulung bezahlen. Jedenfalls werden weitere Kündigungen folgen. Wenn diese Kündigungen nicht vom KÖ vorgenommen werden, werden die neuen Eigentümer der Betriebe und Filialen schon dafür sorgen. Noch im Juni 1995 meinte eben die Konsum-Unternehmensleitung, daß sie mit 3.000 Kündigungen ein Auslangen finden wird. Da aber immer wieder Mel-

dungen in der Presse auftauchen, können sich die Beschäftigten auf solche Ankündigungen überhaupt nicht verlassen. Außerdem, so sieht es Ende Juni aus, wird die ehemalige Konsum-Konkurrenz - also die privaten Lebensmittel-Ketten wie keine großen Filial-Pakete kaufen. Aus ihrer Sicht ist es wohl profitabler, auf den vollständigen Ausverkauf zu warten, um sich die besten Stücke (z.B. KGM) herauszuholen; der Rest wird zugesperrt.

Politische Konsequenzen werden unterschätzt

Der Zusammenbruch des Konsum Österreich verändert nicht nur die Handelsbranche, sondern weit über die finanzielle und wirtschaftliche Bedeutung des Ausgleichs kommen auf die SPÖ und den ÖGB politische Auswirkungen zu. Der Konsum Österreich als Konsumgenossenschaft war ein wichtiger Bestandteil im Selbstverständnis der Sozialdemokratie und des ÖGB nach 1945. Die sozialdemokratische Führung in Partei und Gewerkschaft suchte in der Zweiten Republik nach immer stärkerer wirtschaftlicher Verankerung ihrer Organisationen, auch in staatlichen Unternehmen wie der Nationalbank. BAWAG und Konsum spielten eine zentrale Rolle, um bei der Mitgliedschaft ein Bewußtsein der Stärke zu erzeugen. Der ÖGB baute mittels der BAWAG ein Finanzimperium auf, das in der Argumentation der ÖGB-Führung, selbst das Fundament der gesellschaftliche Stärke und Kampfkraft des ÖGB sei. Der Zusammenbruch des KÖ wird nachhaltige Konsequenzen für das Bewußtsein der aktiven SPÖ-Mitglieder haben, eine weitere Niederlage - nach der Zerschlagung der Verstaatlichten Industrie als Zentrum gewerkschaftlicher Stärke, nach der anhaltenden Privatisierung staatlicher Unternehmen und nach der Ausgliederung der ÖBB. Die wirtschaftliche (und somit politische) Integration der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in die kapitalistische Wirtschaft und in den bürgerlichen Staat ist enorm wichtig für die sozialdemokratische Führung - es ist ihre Grundlage für die Sozialpartnerschaft, für den politischen Proporz mit den Bürgerlichen und für ihre politische Legitimation. Doch nun muß es offensichtlich sein für die SPÖ-Mitglieder und -Wähler: Die SPÖ und der ÖGB sind unfähig, Betriebe zu führen. Ihre Leute haben versagt - bei der Verstaatlichten und jetzt beim Konsum. Der SPÖ und dem ÖGB wird verständlicherweise die politische Verantwortung für die Konsum-

Pleite angerechnet. Es ist also keine Frage, daß diese Pleite von den Bürgerlichen, allen voran den Freiheitlichen unter Haider, ausgenützt wird, um auf Stimmenfang zu gehen. Ein besonderes "Schmanckerl" für die F sind die Millionen-Forderungen des verantwortlichen Managements und des Herrn Gerharter. Dies muß zwangsläufig die Erinnerung an die AK-Gehaltsaffäre wecken. Auch wenn es keine formal-rechtliche Verbindung zwischen Konsum-Unternehmensleitung und SPÖ sowie ÖGB gegeben hat, es gibt die politische und personelle Verbindung.

Niederlage des bürokratischen Apparates

Diese Pleite ist aber auch eine politische Niederlage für die Ideen der Genossenschaftsbewegung, für das Konzept der Selbstverwaltung und für die öffentliche Wirtschaft im allgemeinen. Alles politische Konzepte, die der Arbeiterbewegung, der SPÖ und dem ÖGB zugeordnet werden. Es verschwindet die Tatsache, daß der Konsum Österreich nichts mehr mit der ursprünglichen Genossenschaftsbewegung zu tun hatte, daß der Konsum wie ein normales, privatwirtschaftliches, profitorientiertes Unternehmen geführt wurde und daß somit von Genossenschaftswesen, Demokratie und Mitbestimmung der Genossenschaftsmitglieder nirgends im Konsum die Rede war. Der Konsum-Betriebsrat befand sich zum Beispiel im Dauerkonflikt mit der Konsum-Unternehmensleitung, weil immer wieder gesetzliche Bestimmungen übertreten wurden. Sämtliche sozialen Ernungenschaften der Konsum-Belegschaft wurden abgeschafft. Daß die Konsum-Beschäftigten außerordentlich gut gewerkschaftlich organisiert sind, half ihnen wenig. Der ÖGB tat nichts gegen die schlechte Situation der Beschäftigten - in seinen Betrieben versteht sich der ÖGB eben als Unternehmer. Auch die Betriebsräte im Konsum-Konzern verhielten sich größtenteils immer „brav“ und verschwendeten ihre Zeit eher mit Streitereien untereinander. Die Führung der beteiligten Gewerkschaft (GPA, HTV und ANG) tat wie der ÖGB nichts - am Ende ihres Versagens stand ein Informationsbüro für Konsum-Beschäftigten. Diese hatte man nämlich bis zuletzt nicht informiert, geschweige denn für den Erhalt der Arbeitsplätze mobilisiert. Das Informationsbüro der Gewerkschaften gibt nur einzelnen Beschäftigten, wenn sie anfragen, eine Auskunft. Natürlich sind die Beschäftigten verunsich-

chert, wollen wissen, ob und wie es weitergeht. Aber so ein Informationsbüro kann nie wirkliche Information und Mitbestimmung der Belegschaft und der Genossenschaftsmitglieder ersetzen.

CSU-kontrollierte bayrische Bank kauft BAWAG-Anteile

Die Gewerkschaftsführung (alle FSG) ignorierte die Beschäftigten bei ihren Überlegungen - die ArbeiterInnen und Angestellten der Konsum-Betriebe spielten für sie keine politische Rolle. Es gab keine Demonstrationen, Protestkundgebungen noch irgendwelche Vorschläge von Seiten der Gewerkschaften, zugunsten eines Erhalts sämtlicher Arbeitsplätze und des ganzen Genossenschaftsunternehmens. Nur eines interessierte die ÖGB-Führung: Wie kann der ÖGB die Position der BAWAG sichern? Jegliche politische Verantwortung weist die ÖGB-Führung unter Verzetznitsch von sich, wie im Beschluß des ÖGB-Vorstandes über den Verkauf von BAWAG-Aktien an die Bayerische Landesbank zu lesen ist. Keine Selbstkritik ist von

ÖGB-Spitzenfunktionären zu hören. Nur Selbstlob, denn der ÖGB, so die Argumentation des ÖGB-Vorstandes, habe alles (zum Beispiel mit der BAWAG) unternommen, um den Konsum im Interesse der ArbeitnehmerInnen zu retten. Aber jetzt kann man halt nichts machen, es ist halt „zu Problemen gekommen“.

Selbst der Verkauf der BAWAG-Aktien an die CSU-kontrollierte Bayrische Landesbank wird als Erfolg dargestellt, denn der aus dem Verkauf der Aktien „zu erwartende höhere Zinsertrag“, so der ÖGB-Vorstand, soll vom ÖGB für die Verbesserung der Mitgliederbetreuung verwendet werden. Der ÖGB-Vorstand hat anscheinend zur Bayrischen Landesbank volles Vertrauen, wenn sie den Erhalt der BAWAG zusichert. Man könnte auch darauf verweisen, daß Aktionäre mit 45 Prozent der Gesamtaktien eine nicht unbeträchtliche Kontrolle über das ganze Unternehmen haben.

Der Apparat belügt sich selbst

Die Ursache für das Verhalten der Spitzengremien ist im bürokratischen Appa-

rat des ÖGB zu suchen, seiner reformistischen Haltung, seiner vollkommenen Integration in den bürgerlichen Staat. Der ÖGB-Apparat und seine Führung wollen mitspielen im Kapitalismus. Der Konsum war nur das Spiegelbild des ÖGB. Im Konsum gab es keine Genossenschaftsdemokratie noch irgendwelche Ziele der Genossenschaftsbewegung - ein Unternehmen wie jedes andere, nur eines „von uns“, würden die ÖGB- und SP-Funktionäre anführen. Nur, im realen Leben spürte die arbeitende Bevölkerung nichts von der Konsumgenossenschaft - nicht einmal einen Versuch, den Lebensstandard der ArbeitnehmerInnen durch Vergünstigungen ein bißchen zu verbessern, geschweige denn, eine alternative Konzeption von Wirtschaft zu entwickeln. Selbst die Rückerstattungsquote wurde bis auf ein



Prozent reduziert. Das Konsum-Management paßte zur hierarchischen Struktur des Konsum-Apparates, das nebenbei auch wirtschaftliche Fehlentscheidungen mit großen Auswirkungen zu verantworten hat. Daß die Unternehmensleitung bis zum Schluß die wahren Ausmaße der Schulden vertuschte, wirkt im Licht des Verhaltens der ÖGB-Führung also nur verständlich. Ein abgehobener, bürokratisch erstarrter Apparat belügt sich selbst. Im ÖGB herrscht depressive Stimmung. Die Rückschläge und Niederlagen häufen sich. Der ÖGB und so manche Teilgewerkschaft trimmen sich selbst mit Millionenausgaben für die Imagewerbung auf Zweckoptimismus. Es gärt zwar in den Betrieben, besonders in denjenigen, die von Arbeitsplatzabbau, Sozialabbau und Privatisierung bzw. Ausgliederungen betroffen sind, aber es gibt keine große Protestwelle gegen das Verhalten des ÖGB. Den Protest der ArbeitnehmerInnen wird die SPÖ bei nächsten Wahlen wieder spüren - durch Wahlverweigerung und Überlaufen zu den Freiheitlichen. Die ArbeitnehmerInnen hoffen auf Vertretung ihrer Interessen durch

die Gewerkschaften, es gibt keine Alternative in den Betrieben. Aber die politischen Rückschläge für die SPÖ werden sich unweigerlich auch auf den ÖGB auswirken, die Bürgerlichen eröffnen auf allen wirtschaftlichen und sozialen Fronten den Angriff auf die Errungenschaften der Arbeiterschaft. Jegliche gesetzliche Regelung in der Arbeitswelt stellen die Kapitalisten und bürgerlichen Parteien in Frage. Die ÖGB-Spitze und der Apparat schätzen aber ihre eigene Position falsch ein und unterschätzen die politischen Auswirkungen der Konsum-Pleite.

Kritische Stimmen?

Es gibt zwar (selbst)kritische Stimmen im ÖGB (bzw. in der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen, die den ÖGB absolut dominiert), auch in den Einzelgewerkschaften wie der GPA und in den Jugendabteilungen, aber: 1. nur einzeln und 2. inkonsequent, denn eine offensive und öffentliche Kritik an der ÖGB-Politik kann unter anderem auch heißen, sich von Positionen, Funktionen und Privilegien zu verabschieden und als „Nestbeschmutzer“ und „Verräter“ tituiert zu werden. Es gibt auch kritische Anträge auf diversen Gewerkschaftskongressen - aber Papier ist geduldig, die Anträge verschwinden in den Schubladen der Gremien. Außerdem: Viele soziale Kontakte und verschiedenste (berufliche) Abhängigkeiten schützen die ÖGB-Spitze vor innerer Kritik. Opposition von alternativen und linken Gewerkschaftsgruppen oder BetriebsrätInnen hat bisher geringe bis keine Auswirkungen, aufgrund ihrer Schwäche in den großen Betrieben und im Apparat und der fehlenden Demokratie in den Gremien der Gewerkschaften (wenige Ausnahmen ausgenommen). Angriffe und Kritik kommen von außerhalb des ÖGB, daher ist die Devise: Mauern. Auch gegen die eigene Basis. Es ist in Ordnung, die Angriffe der Bürgerlichen auf die Interessensvertretungen der ArbeitnehmerInnen zu bekämpfen. Aber die ÖGB- und SPÖ-Spitze geht gegen jede Kritik im Apparat und in der Gewerkschaft vor, ohne eine offene Diskussion über die ÖGB-Politik zuzulassen, geschweige denn zu fördern oder Konsequenzen aus Fehlverhalten und Kritik zu ziehen. So bleiben der Protest, die Stimmung und die Forderungen, die in den Betrieben und die von BetriebsrätInnen und GewerkschaftsaktivistInnen geäußert werden, ohne Wiederhall im ÖGB. Privatisierungen, Sozialabbau, Deregulierung in der Wirtschaft und

in der Arbeitswelt, Ausgliederung der ÖBB, Verschlechterung der Situation der öffentlich Bediensteten, geringe Gehaltserhöhungen an oder unter der Inflationsrate... und jetzt der Zusammenbruch des Konsum Österreich - *und wie verhält sich der ÖGB?*

P.S. Am 24.7.95 soll klar sein, so Konsum Chef-Tengg Ende Juni, wieviele MitarbeiterInnen gekündigt und wieviele bei neuen Eigentümern weiterarbeiten können. "Rund ein Viertel der Beschäftigten werde wahrscheinlich auf der Strecke bleiben", sagte Tengg (Standard, 1./2.7.95). Mit dem Verkauf des 630 Läden starken Filialnetzes würden so 9.500 Beschäftigte an neue Eigentümer übergeben. Alle Filialen sollen bis Ende September verkauft sein. Der Kaufhauskonzern Gerngross soll ebenfalls "saniert" werden. Von den 23 Standorten der City-Forum-Gruppe würden, so Tengg, bis auf drei Standorte alle einen Schließungs- und Transformationsprogramm unterzogen. Zur Entschuldung werde man auch 2 bis 3 größere Standorte von Gerngross verkaufen. Nach dem Ausgleich des KÖ kann das Management darangehen, den Konsum aufzuteilen und zu verkaufen bzw. den Rest zu schließen. Die Gläubiger erwarten sich dadurch eine mögliche Aufbesserung der Ausgleichsquote auf 60 Prozent.

Anmerkung: Die Gründung von Konsumgenossenschaften der Arbeiterschaft stellt nicht nur den Versuch dar, die materiellen Lebensbedingungen der ArbeiterInnen zu verbessern, sondern in letzter Konsequenz (auch wenn dies nicht bewußt geschieht) den Versuch, die Profitwirtschaft aufzuheben. Allerdings bewegen sich Genossenschaften (wie selbstverwaltete Betriebe), die in einem kapitalistischen Umfeld (bzw. in einer kapitalistischen Weltwirtschaft) existieren, immer in einem Spannungsfeld. Wie können sie überleben? - Indem sie kapitalistische Methoden anwenden? Wie sind Bezahlung der MitarbeiterInnen, Arbeitsbedingungen und betriebliche Demokratie gestaltet? In letzter Konsequenz kann sich die Genossenschaftsidee und die Selbstverwaltung der arbeitenden Bevölkerung nur in einer sozialistischen Gesellschaft durchsetzen - also durch die radikale Ablösung der kapitalistischen Profitwirtschaft.

Jede Form von proletarischen Organisationen im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich - deren Aufbau von grundlegender Bedeutung für die politi-

sche Organisation und Selbstbestimmung der Arbeiterschaft als soziale Klasse ist - muß bei Verfolgung ihrer Interessen in Konflikt mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und dem bürgerlichen Staat

Dokument

ÖGB-Bundesvorstand am 29.5.1995 Information und Beschlusantrag zu den BAWAG-Aktien

Ausgangslage: Seit mehreren Jahrzehnten besteht zwischen dem Konsum Österreich (KÖ) - vorm. GÖC und dem ÖGB beim Verkauf von Aktien der BAWAG an dritte eine jeweilige schriftliche Zustimmungspflicht.

Die BAWAG-Aktien teilen sich auf folgende Aktionärsgruppen auf:

- **rund 68 Prozent hält der ÖGB,**
- **rund 31 Prozent hält der KÖ und**
- **mehr als 1 Prozent die Bank Austria.**

Entwicklung: Zum Jahreswechsel 94/95 sind im KÖ Probleme aufgetreten. In deren Folge kam es im Jänner 1995 zur Verpfändung der vom KÖ gehaltenen Aktien der BAWAG als Sicherstellung für einen dringend benötigten Konsortialkredit an die konsortialführende INVESTKREDIT AG. Der ÖGB hat dieser Verpfändung unter Aufrechterhaltung seines Vorkaufsrechtes zugestimmt, um den Kredit und damit den Fortbestand des KÖ, sowie die Sicherung der Arbeitsplätze zu ermöglichen.

Folgen: Leider hatte diese Aktion nicht den gewünschten Erfolg. Entgegen der ursprünglichen Annahmen entstand sehr rasch ein weiterer Finanzbedarf des KÖ, dadurch konnte die Zahlungsfähigkeit nicht mehr garantiert werden. Die logische Folge war ein Antrag auf Ausgleich.

Im Laufe des Ausgleichsverfahrens des KÖ wurde von diesem, den Ausgleichsverwaltern, den kreditgewährenden Banken und den Lieferanten ein rascher Verkauf des im Besitz des KÖ gehaltenen Aktienpaketes von 30,66 Prozent der BAWAG beschlossen.

Gleichzeitig erhoben vor allem die Kreditschutzverbände sowie andere laufend die Forderung, der ÖGB möge seine Mehrheit an der BAWAG abgeben, um so einen Käufer bzw. einen höheren Preis für die vom Konsum gehaltenen Aktien zu erzielen.

Begründet wurde diese Forderung vor al-

kommen - außer sie degenerieren wie der Konsum zu rein kapitalistischen Unternehmen, indem die Bürokratie "die Rolle" des Kapitalisten übernimmt ●

lem mit der - nicht zutreffenden - Feststellung, der Konsum würde auch vom ÖGB geführt.

Wir haben zur Klarstellung mehrfach darauf hingewiesen, daß der ÖGB weder statutarische Rechte im KÖ besaß, noch in den Aufsichtsrat oder in den Vorstand des KÖ Vertreter entsandt hat oder entsendet.

Der Präsident des ÖGB erklärte weiters, daß der ÖGB:

1. **keine Mehrheiten des ÖGB an den BAWAG-Aktien abgeben wird und**
2. **keine über die aktienrechtliche Verpflichtung des 30,66 Prozent KÖ-Aktienpaketes hinausgehenden Rechte einem allfälligen Käufer eingeräumt werden.**

Die Abtretung solcher Rechte würde nämlich den ÖGB-Aktienanteil entwerten, ohne daß dafür ein entsprechender Wert für den ÖGB entstünde.

Gleichzeitig wurde mit Unterstützung des ÖGB und der AK, von der GPA, der HTV und ANG ein Insolvenzbüro zur Vertretung der Rechte der im KÖ Beschäftigten eingerichtet, welches in diesem, für Österreich einmaligen Fall, hervorragende Dienste leistet. Diese Bemühungen werden vorbildlich vom BMA&S und der BAWAG unterstützt.

Stand der Dinge: Der KÖ betraute mit der Verwertung seines Aktienpaketes ein Konsultingunternehmen, was zur Folge hatte, daß zwei konkrete Bewerber dem KÖ Anbote zur Übernahme des vom KÖ gehaltenen Aktienpaketes an der BAWAG unterbreiteten, nämlich;

1. **Die Österreichische Postsparkasse und**
2. **die Bayerische Landesbank.**

Beide Bieter wollten jedoch darüber hinaus eine Vereinbarung mit dem ÖGB, als Hauptaktionär, über weitere Rechte, als sie für das Aktienpaket des KÖ aktienrechtlich zustünden.

Aus den vorgenannten Gründen wurde das vom Präsidenten des ÖGB abgelehnt. Um jedoch die Ausgleichsdurchführung und damit sowohl die Interessen der in den Zulieferbetrieben und im KÖ Beschäftigten zu sichern, als auch die zukünftige Entwicklung der BAWAG im Interesse des ÖGB zu gestalten, wurde vom ÖGB-Präsidenten den Bietern der Vorschlag unterbreitet, zu den vom KÖ gehaltenen Akti-

enpaket weitere 15 Prozent der vom ÖGB gehaltenen Aktien zu erwerben.

Angebote: Der ÖGB erhielt von den Bietern folgende Angebote für die von ihm gehaltenen 15 Prozent der Aktien der BAWAG;

1. Die P.S.K. bietet im Namen eines Konsortiums bestehend aus der P.S.K.-Gruppe und der Wr. Städtischen Versicherung vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Gremien S 2, 105.000.000,-.

Darüber hinaus fordert jedoch die P.S.K. den Abschluß eines Gesellschaftervertrages zwischen ÖGB und P.S.K., der eine Zusammenführung der BAWAG und der P.S.K. vorsieht. Ziel ist die Errichtung einer „Postbank für Arbeit und Wirtschaft“.

Dieser Bankenverbund soll durch eine kapitalmäßige Verschränkung beider Banken erreicht werden. Sollte dieser Verbund nicht zustande kommen, will die P.S.K. spätestens im Jahr 2000 verbindlich einen weiteren 5 Prozent - Anteil des ÖGB-Aktienpaketes erwerben können. Das würde zu diesem Zeitpunkt die Abgabe der Mehrheit durch den ÖGB bedeuten.

2. Die Bayerische Landesbank bietet 2,118.594.116,- öS, legt jedoch Wert auf eine weitere Aufrechterhaltung der bestimmenden Zusammenarbeit des ÖGB und BAWAG. Die Mehrheit bleibt beim ÖGB. Ihr Ziel ist die nachhaltige Absicherung der bestmöglichen Entwicklung der BAWAG. Dieses Ziel kann durch die internationale Ausrichtung der Bayerischen Landesbank besonders unterstützt werden.

Beide Bieter wollen die weiteren Details der Zusammenarbeit in einem Gesellschaftervertrag festlegen.

Beide Kaufangebote bewegen sich im Rahmen eines zur Absicherung der Wertfeststellung der Aktien vom ÖGB in Auftrag gegebenen Gutachtens.

Der KÖ hat den ÖGB mit Schreiben vom 18.5.1995 darüber informiert, daß er der Bayerischen Landesbank ein Verkaufsangebot für sein Aktienpaket unterbreitet hat. Um die weiteren Diskussionen über den möglichen Aktienverkauf - die sicherlich für die BAWAG und damit auch für den Hauptaktionär ÖGB nicht sinnvoll sind - zu beenden, sollte anhand der zwei Angebote eine Entscheidung getroffen werden.

Der Präsident des ÖGB schlägt daher in Abwägung der vorliegenden Angebote für den Kauf von 15 Prozent der vom ÖGB gehaltenen Aktien an der BAWAG dem Bundesvorstand des ÖGB folgenden Beschlusantrag vor.

Beschlusantrag

Im Lauf des Ausgleichsverfahrens des Konsum Österreich (KÖ), wurde von diesem, den Ausgleichsverwaltern, den kreditgewährenden Banken und den Lieferanten ein rascher Verkauf des im Besitz des KÖ gehaltenen Aktienpaketes von 30,66 Prozent der BAWAG beschlossen.

Um Klarheit über die Eigentümerstruktur der BAWAG zu erhalten und um weitere Diskussionen über den möglichen Aktienverkauf - die sicherlich für die BAWAG und für den Hauptaktionär ÖGB nicht sinnvoll sind - zu beenden, wird folgender Beschluß gefaßt: Unter der Voraussetzung, daß der KÖ Aktienanteil an der BAWAG an die Bayerische Landesbank verkauft wird, beschließt der ÖGB Bundesvorstand den **Verkauf von 15%** der im Besitz des ÖGB befindlichen Aktien an die **Bayerische Landesbank** zum Kaufpreis von **öS 2,118.594.116,-** unter der Voraussetzung der Erfüllung der österreichischen Rechtslage (kartellrechtliche Genehmigung, Genehmigung durch den Bundesminister für Finanzen). Mit dieser Maßnahme soll auch der Verkauf der vom Konsum gehaltenen Anteile der BAWAG erleichtert werden. **Wir erwarten uns davon eine Besserung der Probleme für die Beschäftigten des KÖ, aber auch für die Genossenschaftler des KÖ.** Der Präsident des ÖGB wird beauftragt, die für den Verkauf des ÖGB-Aktienanteils notwendigen Detailverhandlungen zu führen und gemäß der Statuten des ÖGB die notwendigen Verträge bzw. Gesellschaftervereinbarungen abzuschließen.

Ziel dieser Vereinbarungen muß eine gezielte Zusammenarbeit zwischen den Vertragspartnern sein, sowie die Erhaltung der BAWAG als eine der großen österreichischen Geschäftsbanken mit eigener Identität. Es muß in jedem Fall gewährleistet sein, daß dabei die bestmögliche Entwicklung der BAWAG erzielt wird, der ÖGB die Aktienmehrheit behält und sich ein gegenseitiges Vorkaufsrecht sichert. Durch den Aktienverkauf wird die Finanzkraft des ÖGB verändert. Aktien werden zu Bargeld, dennoch ist weiterhin die Finanzkraft ein wesentlicher Bestandteil der Stärke des ÖGB. Daher soll der erzielte Erlös zur weiteren Absicherung der Finanz- und damit Kampfkraft des ÖGB verwendet werden. Der zu erwartende höhere Zinsertrag soll zur Verbesserung der Infrastruktur des ÖGB im Interesse einer effizienteren Mitgliederbetreuung verwendet werden. Mit der dazu notwendigen Detaildurchführung wird das Präsidium des ÖGB beauftragt. ●

GPA muß jetzt beweisen, daß sie kein „Bienenzüchterverein“ ist!

Wirtschaftsminister Ditz hat einen Vorschlag. Er will die Ladenöffnungszeiten liberalisieren, ohne daß Verordnungen der Landeshauptleute notwendig sind - im Interesse der Wirtschaft - sicher doch. Im Interesse der privaten Unternehmer - das IST sicher.

Das geltende Limit der Verkaufszeiten von 60 Stunden pro Woche (für Lebensmittelhändler 66 Stunden) soll auf mindestens 80 Stunden erweitert werden. Ditz stellt sich einen Rahmen für die Öffnungszeit von 5.30 bis 21 Uhr vor, in den Sommermonaten bis 22 und in den Tourismuszonen bis 23 Uhr. Für Kleinunternehmer, die keine Beschäftigten haben, soll es überhaupt keine Ladenschlußzeiten geben. Das Sonn- und Feiertags-Betriebszeitgesetz soll abgeschafft werden. Die Sonn- und Feiertagsbeschäftigung soll durch das Arbeitszeitruhegesetz geregelt werden. Der 8.12. soll normaler Verkaufstag sein, sofern dieser auf einen Wochentag fällt. Ditz möchte diese bundesweite Freigabe der Ladenöffnungszeiten durchbringen. Schlüssel droht, falls die Gespräche mit den Sozialpartnern und den Parteien scheitern, einen Initiativantrag der ÖVP ins Parlament zu bringen. Der Obmann der Sektion Handel in der BWK möchte außerdem, daß die Ladenschlußkompetenz auf die Bundesebene verlagert wird. Sallmutter hat seine strikte Ablehnung gegenüber den ÖVP-Forderungen geäußert. Es besteht kein Bedarf, so Sallmutter, die bestehenden Möglichkeiten würden nicht ausgenutzt. Im Ausland werde gekauft, weil es dort billiger sei, nicht weil länger offengehalten werde. Na ja, die ÖVP und die Wirtschaftskammer werden sich wohl kaum durch die „vernünftigen“ Argumente der GPA überzeugen lassen. Die Wirtschaftskammer sieht die Möglichkeit, durch ihren gewachsenen Einfluß im Parlament, Gesetze im Bereich Wirtschaft zu kippen und eine umfassende Deregulierung zu erreichen. Die negativen Auswirkungen für die ArbeitnehmerInnen sind offensichtlich. Es läuft auf eine harte Konfrontation hinaus. Jetzt muß die GPA in die Offensive gehen. Jetzt sind gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen gefragt, Unterschriftenlisten werden wie in der Vergangenheit nicht reichen. (Stand 1. Juli 1995) ●

AUS FÜR IKL

Ein Arbeitskampf ist zu Ende. Mit einer Niederlage für die Beschäftigten. Das Projekt „Interkulturelles Lernen“ ist planmäßig per 30. Juni 1995 eingestellt worden. „Viel Spaß beim Sozialabbau“ war auf einem Transparent von IKL-MitarbeiterInnen bei einer Aktion im Juni 1995 zu lesen. Nur noch Zynismus ist manchen der betroffenen KollegInnen geblieben, um auf die Schließung dieser Betreuungseinrichtung zu reagieren. Doch gekämpft haben sie um „ihr“ Projekt bis zum Schluß. Welche Politik verfolgte der Ex-Subventionsgeber - das Wiener Rathaus? Warum war der erbitterte Widerstand der betroffenen KollegInnen nicht erfolgreich?

● John Evers

Angestellter einer Wiener Volkshochschule, GPA-Mitglied und Vorsitzender der JG Margareten

Der Startschuß des Kampfes

Ende Jänner/ Anfang Februar 1995 werden die MitarbeiterInnen der „Interkulturellen Lernbetreuung“ bei zwei kurz aufeinander folgenden Betriebsversammlungen vom bevorstehenden „Aus“ ihres Projektes informiert. Es ist gerade die Zeit des „Sparpaketes“ - überall finden gerade Versammlungen statt. Während des ersten IKL-Treffens beraten gerade nebenan die Lehrer über Kampfmaßnahmen. Die zweite Teilversammlung des IKLs wird ein überwältigender Erfolg. 500 Leute bringen das HdB Leopoldstadt am Praterstern fast zum Platzen. Die Stimmung ist kämpferisch. Sogar der ORF schaut kurz vorbei. Solidaritätsbotschaften (z.B. vom Wr. Integrationsfonds und dessen Chef Max Koch) werden überbracht. Spontan hat sich eine Initiative zur Gründung eines „Organisationskomitees“ gebildet, bestehend aus KollegInnen, die „etwas tun wollen“. Flugzettel zur Ankündigung für dieses Gründungstreffen werden verteilt. Hauptinhalt der Betriebsversammlungen sind: Berichte, Berichte, Berichte, durch den Betriebsrat (BR) und die GPA (vertreten durch Fachgruppensekretär Prenner). Wobei eine sehr große Tendenz vorherrscht, sich ins Detail zu verlieren. Die Fakten sind aber klar: Das Projekt IKL wird per 30. Juni eingestellt. Eine Nachfolgeeinrichtung soll geschaffen werden. Doch deren Struktur liegt völlig im Dunkeln. Die Diskussion über Forderungen der Belegschaft und vor allem über konkrete Kampfmaßnahmen kommt viel zu kurz. Vorbereitete Vorschläge gibt es nicht. Spontan einigt sich die

Betriebsversammlung allerdings einstimmig auf folgende Punkte:

- * **Rücknahme aller Kündigungen, Weiterbeschäftigung aller MitarbeiterInnen des IKL;**
- * **IKL muß weitergehen;**
- * **Sicherung aller Standorte;**
- * **Bei der nächsten Verhandlungsrunde mit der zuständigen Stadträtin Vzbgm. Laska (SPÖ) sollen Betriebsrat und GPA durch eine Kundgebung unterstützt werden.**

Organisationskomitee und Kundgebung

Wenige Tage nach der zweiten Betriebsversammlung fand das erste Treffen des „IKL-Organisationskomitees“ (OK) statt. An die 40 KollegInnen, unter ihnen auch BR und GPA-Funktionär Prenner, waren gekommen. Die Organisation und die Diskussion der Kundgebung stellte den Schwerpunkt des Treffens dar. Zu Beginn gleich die erste kalte Dusche: Auf Druck der GPA-Führung (angeblich intervenierte Sallmutter höchstpersönlich) wurde die Verschiebung des bei der Betriebsversammlung einstimmig beschlossenen Kundgebungstermins verlautbart. „Man wolle nicht den Eindruck erwecken, mit dem Druck der Straße verhandeln zu wollen“, so die Begründung von Koll. Prenner. Der Betriebsrat erklärte sich damit ebenfalls einverstanden. Die Demonstration mit der Forderung „IKL muß weitergehen“ sollte nun am Freitag, den 24.2.1995 stattfinden, nach den Verhandlungen. Gerade die aktivsten KollegInnen nahmen diese „Korrektur“ von oben nur zähneknirschend zur Kenntnis. „Was, wenn nicht der Druck der Straße, kann in einer solchen Situation helfen?“, fragten sich so manche Betroffene. Der Großteil nahm aber im Vertrauen auf

den Betriebsrat und vor allem auf die GPA diese „Korrektur von oben“ an. Einige MitarbeiterInnen organisierten zwar für den ursprünglichen Termin noch schnell eine Aktion, doch zu mehr als einem Informationstisch reichte es schließlich nicht. Der eigentliche Hauptpunkt des Arbeitskampfes wurde nun die Organisation der Kundgebung durch Betriebsrat, Organisationskomitee und GPA. Vor allem auch die KollegInnen, die die Verschiebung der Aktion am heftigsten als „Zurückweichen“ und „falsche Taktik“ kritisiert hatten, nahmen am aktivsten an den Vorarbeiten teil. Aussendungen wurden erstellt, Flugzettel zur Bewerbung der Aktion verteilt, ein Programm zusammengestellt, sowie Solidaritätserklärungen und Unterstützungsunterschriften gesammelt. Bei der Kundgebung selbst zogen über 500 Betroffene über die Ringstraße. Die Stimmung war gut, die Kundgebung vor dem Rathaus ein Erfolg. Besonders erfreulich war, daß es gelang, eine Verbindung zur „Plattform gegen das Belastungspaket“ herzustellen. Diese Plattform organisierte gerade die allgemeine Demonstration gegen das Belastungspaket der Regierung am 25.3.1995 in Wien. So sprach die ÖMV-Betriebsrätin Andrea Koch für die Plattform auf der IKL-Kundgebung.

Die Taktik von Laska und Co.

Wo immer man in der Folge - vor allem im SPÖ-Bereich - jemanden auf die Einstellung des Projektes IKL ansprach, hieß es: Es ist doch eh alles geregelt. Diese Linie wurde von Vzbgm. Laska - als politisch Verantwortliche - sogar dreist gegenüber den Medien vertreten: „Niemand muß um seinen Arbeitsplatz fürchten, kein Kind wird auf der Straße stehen.“ Noch am 21. Juni bezeichnete Laska die Anschuldigungen von BR und GPA als „erlogen“. Neben dem offiziellen „es ist eh alles geregelt“ wurde gegen dem Betriebsrat folgende Taktik von Seiten der Stadt Wien angewandt: Ständiges Verzögern und Aufschieben. Immer hieß es, „es werde noch der Bedarf erhoben“. Insgesamt fanden drei solcher Erhebungen statt, die letzte lief noch während der Einstellung des Projektes. Wahnwitzig kurze Fristen und unklare Kriterien sollten offensichtlich dafür sorgen, daß sich - aus

Unsicherheit - möglichst wenige Eltern melden. Fachleute und IKL-MitarbeiterInnen zweifeln jedenfalls die Art und Weise, wie hier vorgegangen wurde, stark an. Trotz alledem gibt es selbst einen offiziellen Bedarf für die Betreuung von 2.000 Kindern. Die einzige wirklich aussagekräftige Erhebung haben aber wohl die IKL-BetreuerInnen mittels ihrer jahrelangen Arbeit durchgeführt: 4.000 Kinder wurden bisher betreut - für zumindest diese besteht offensichtlich der Betreuungsbedarf.

Die zentralen Fehler von GPA und Betriebsrat

Der erste und wichtigste Fehler bestand darin, prinzipiell auf die Taktik des „Hinauszögerns“ einzusteigen und nicht selbst das Handeln zu übernehmen. Das Motto war nicht: „Wir gehen vom Schlimmsten aller möglichen Fälle aus (was letztlich auch eintrat) und kämpfen deshalb mit den härtesten Mitteln, bis wir fixe Zusagen der Stadt Wien haben und unsere Forderungen erfüllt sind.“ Es wurde vielmehr die Devise ausgegeben: „Abwarten, kleine Stiche, taktieren, mit den „Parteifreunden“ im Rathaus reden und, erst wenn es gar nicht anders geht, Kampfmaßnahmen anwenden“. Insbesondere vom GPA-Vertreter Prenner wurde immer wieder Druck gemacht - nicht zu viel Staub aufzuwirbeln, um sich „nicht die Gesprächsbasis zu verderben“. Die Belegschaft wurde nicht als „politischer Faktor“ auf die Waagschale dieses Arbeitskampfes gelegt.

Der zweite Fehler bestand darin, Erfolge zu präsentieren, die keine waren. So wurde auf der letzten IKL-Vollversammlung vor der Schließung über den angeblich neuen Arbeitsvertrag lang und breit berichtet, ohne daß auch nur im geringsten klar war, für wieviele MitarbeiterInnen dieser überhaupt in Frage kommt. Es ist gut und schön, daß die GPA sogar eine Bankomatkarte ausverhandelt hat. Doch für die 50 bis 70 Prozent der KollegInnen, die jetzt keinen Arbeitsplatz haben, ist das nur eine Provokation. Der dritte zentrale Fehler bestand darin, daß die eigentlichen drei Hauptforderungen der Belegschaft (keine Kündigungen, IKL muß weitergehen, Sicherung aller Standorte in Wien) keinen Niederschlag in der praktischen Politik - ja selbst in den Verhandlungen - der GPA fanden. Die Forderungen waren nicht Dreh- und Angelpunkt des Abwehrkampfes gegen die Schließung. Ihre kontinuierliche Nichterfüllung wurde nicht durch einen Plan von Maßnahmen (wie Betriebsversammlungen, Urabstimmung, Warnstreik, Streik) bekämpft. Der vierte Fehler, wobei man hier nur teilweise von

einem Fehler sprechen kann, ist, daß es nicht gelang, die KollegInnen des normalen VHS-Betriebes wirklich in diesen Kampf einzubinden. Ein wesentlicher Punkt dabei war sicherlich auch, daß die Betriebsräte des VHS-Betriebes, mit Ausnahme der Vorsitzenden Koll. Neudecker, das offensichtlich nicht als ihre Aufgabe betrachteten. Sie wirkten bei den meisten Aktionen nicht mit.

IKL-KollegInnen gaben nicht auf

Daß Fehler gemacht wurden, bedeutete aber nicht, daß den Angriffen tatenlos zugesehen wurde. Viele sehr gute Aktionen wurden von den Beschäftigten gesetzt und ein enormer medialer Druck entwickelt. JedeR, der/die sich mit Integration beschäftigt, wußte, was beim IKL läuft. Organisiert wurden die meisten Aktionen von zwei Komitees (OK und „Wikel“ - ebenfalls spontaner Zusammenschluß von IKL-MitarbeiterInnen) gemeinsam mit dem Betriebsrat. Info-Tische und Ausstellungen wurden bei vielen Veranstaltungen organisiert. IKL-Abordnungen beteiligten sich bei der großen Demonstration gegen das Belastungspaket der Regierung im März 1995. Im Mai fanden drei Aktionstage mit Podiumsdiskussion und Pressekonferenz statt. Ebenso Ende Juni vor der Löwelstraße, der Parteizentrale der SPÖ. Bei dieser Aktion wurde das gesamte Bundespräsidium der SPÖ - Vranitzky, Nürnberger, Verzetnitsch, Hostasch... und auch Löschnak - mit dem Problem konfrontiert. Der Druck auf Laska wurde jedenfalls zumindest so groß, daß sie zuletzt „zu keinerlei Stellungnahme“ mehr bereit war. Der Zeitaufwand einzelner KollegInnen entwickelte sich enorm. Zusätzlich hatte der Betriebsrat ständig Verhandlungs- und Gerichtstermine wahrzunehmen.

Streik lag in der Luft

Der fünfte zentrale Fehler war, nicht gleich bei der Betriebsversammlung im Februar einen Antrag einzubringen, der Streik vorsieht, wenn bis zu einem gewissen Termin die Forderungen der Belegschaft nicht erfüllt sind. Ebenfalls hätte gleich dort ein Termin für die nächste Betriebsversammlung, spätestens unmittelbar nach der Kundgebung, vereinbart werden müssen. So fand die nächste Betriebsversammlung des IKL erst am 24. April 1995 statt. Der Grundtenor von seiten der GPA und des Betriebsrates war: Die Verhandlungen lau-



fen noch, man kann weder von Erfolg oder Mißerfolg sprechen. In Wirklichkeit gelang es aber nicht, irgendeine Botschaft, was denn zu tun sei oder wie man kämpfen soll, zu vermitteln. Doch zum ersten Mal wurde von einigen KollegInnen die Möglichkeit eines Streiks erwogen. Die Ablehnung dafür war relativ schroff - nicht zuletzt deshalb, weil sich GPA-Funktionär Prenner entsprechend äußerte. Eine seiner Lieblingsfragen war: „Bist du überhaupt Gewerkschaftsmitglied?“ Die letzte Betriebsversammlung fand am 12. Mai 1995 statt. Im Gegensatz zu den übrigen Versammlungen warteten einige sehr aktive KollegInnen nicht das Abspulen der Berichte ab, sondern verlangten die Verankerung des Punktes „Kampfmaßnahmen“ am Beginn der Tagesordnung.

Erstmals wurde ausführlicher über einen möglichen Streik gesprochen. Und hier offenbarten sich klar die Trennungslinien und die Herangehensweise an die Frage „Wie verteidigen wir das IKL?“. GPA-Sekretär Prenner beharrte darauf, über die Erfolge, die vor allem auch er erzielt haben soll, lang und breit zu referieren. Gemeint war damit in erster Linie der neue Arbeitsvertrag des neuen Vereines für die Nachmittagsbetreuung an Wiener Schulen (bis zur bereits erwähnten Bankomatkarte). Als KollegInnen ihn immer wieder auf die Nichterfüllung der Hauptforderungen der Belegschaft verwiesen, wurde er grantig: „Ich muß das ja nicht machen“ oder „ich geh gleich“, meinte er dazu und fügte in der Sitzungspause ein: „Das sind ja Sandkastenspiele von Studenten, was ihr betreibt's.“ Als es zur entscheidenden Frage „Streik oder Stillhalten“ kam, warf er die volle Autorität des ÖGB in die Diskussion: „Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es garantiert keine Unterstützung seitens der Gewerkschaft, warum auch, es gibt keinen

Grund.“ Wen wundert es da, daß die KollegInnen mehrheitlich gegen den Streik stimmten und sich der Saal zunehmend leerte. Nicht zuletzt wegen dieser Situation erschien - völlig verständlich - für immer mehr KollegInnen der Gedanke „Vielleicht gibt es ja doch auch für mich Arbeit beim neuen Verein“ die einzig übrig gebliebene Perspektive. Etwas anderes war von der GPA in Wirklichkeit ja auch nicht angeboten worden.

Der letzte Akt

Bei den Aktionstagen der IKL-MitarbeiterInnen vom 18.-20. Mai 1995 fand unter anderem auch eine Diskussionsveranstaltung mit einer Vertreterin jenes Vereines (Verein Wiener Kinder- und Jugendbetreuung) statt, der von Laska und Co. immer wieder als „Nachfolgeeinrichtung“ präsentiert wurde. Völlig offen und klar erklärte nun die anwesende Repräsentantin des neuen Vereines, sich „keinesfalls als Vertreterin einer IKL-Nachfolgeeinrichtung“ zu sehen. Sie könne weiters weder etwas über interkulturelle Inhalte und deren Weiterführung sagen, noch irgendwelche Übernahmegarantien für IKL-MitarbeiterInnen geben. Damit wurde zum ersten Mal offen bestätigt (gerade ein Monat vor Auslaufen des Projektes IKL), was immer mehr Leute befürchtet hatten. Die Bedarfserhebung wurde zur Farce. Trotz völlig unklarer Kriterien wurde binnen weniger Tage zum zweiten Mal ein Bedarf erhoben. Ziel war es offensichtlich, seitens der Stadt Wien so den offiziell erhobenen Bedarf zu reduzieren. Trotzdem wurden Anmeldungen für 2.000 Kinder registriert. Die Elternbeiträge werden explodieren: statt 50 Schilling im Halbjahr sind bis zu 600 Schilling pro Semester geplant. Wie die soziale Lage der Eltern jener 2.000 Kinder ist, die nicht für den „neuen Verein“ angemeldet wurden, kann man sich angesichts dieser Zahlen ausmalen.

„Rote Volksbildung“ kündigt Betriebsräte

Ein besonderes „Schmankerl“ stellt die Kündigung von 40 karenzierten Mitarbeiterinnen, fünf Betriebsräten und einem Grundwehrdiener durch die Geschäftsführung des „Verbandes Wiener Volksbildung“ dar. Das Arbeits- und Sozialgericht Wien hat diese Kündigungen auch durch ein Skandalurteil am 21. Juni bestätigt. Selbst im bisher - zumindest was gewerkschaftliche Tätigkeit betrifft - geschützten Bereichen der Volksbildung zeigt sich, daß die

Zeit der Sozialpartnerschaft vorbei ist. Die Geschäftsführung des Verbandes Wiener Volksbildung wird durch die SPÖ-Führung wahrgenommen, der Vorsitzende heißt Dr. Michael Ludwig. Anzumerken wäre noch, daß der neue Verein „Wiener Kinder- und Jugendbetreuung“ durch der SPÖ-Zentrale nahestehende Leute geleitet wird.

Schlußfolgerungen

Im gesamten Bildungs- und Integrationsbereich regiert im Moment der Sparstift. Gleichzeitig gibt es den politischen Druck von Rechts. Das IKL hat gezeigt, wie notwendig es ist, sich gegen die Angriffe mit den „regulären“ Mitteln eines Arbeitskampfes zu wehren. Nach dem Ende dieses Projektes sind weitere soziale Projekte, Vereine und Einrichtungen von Kürzungen und Schließungen bedroht. Aufgrund der Zersplitterung wagt es aber niemand, „den ersten Stein“ gegen die Subventionsgeber der öffentlichen Hand zu werfen. Der GPA käme hier eine entscheidende Rolle zu, zum Beispiel eine bundesweite Konferenz gegen Kürzungen im Bildungs- und Integrationsbereich zu organisieren. Doch nachdem man im eigenen Bereich - BFI - ziemlich drastische Sparmaßnahmen geschluckt hat, erscheint eine solche Handlung von Seiten der Gewerkschaft mehr als fraglich.

Was war das Interkulturelle Lernen?

*Ein Projekt im Rahmen des Verbandes Wiener Volksbildung;
Subventionsgeber: Stadt Wien;
Leistung: Interkulturelle Lern- und Nachmittagsbetreuung für über 4.000 Kinder an über 100 Standorten in Wien;
MitarbeiterInnen: 358 verschiedenster Nationalität;
Besonderheiten: Niederschwelligkeit beim Zugang durch den niedrigen Beitrag für die Eltern (50 Schilling pro Semester), Anwendung neuer Lernmethoden, Integration.*

Ersatz für IKL?

Was bringt die Zukunft?

* Einen neuen Verein für die Nachmittagsbetreuung ohne besondere Integrationsmaßnahmen, der neue Verein ist keine Nachfolge für IKL. 50-60 Prozent weniger Standorte und MitarbeiterInnen (Mindestschätzung), bis zu 600 öS Betreuungsbeitrag pro Semester für die Eltern.

* Dramatische Verschlechterungen bei der Betreuung durch zum Beispiel Erhöhung der Kinderanzahl pro Betreuer (bis zur Verdoppelung).

* Drastische Verschlechterungen für die ehemaligen IKL-BetreuerInnen: Rund 100 sollen nur angestellt werden (bis Ende Juni gab es noch keine einzige Zusage!), Halbierung der pädagogischen Vor- und Nachbereitungszeit, BetreuerInnen werden nur auf Teilzeitbasis angestellt. Sieben ehemalige BetreuerInnen sind von Abschiebung bedroht.

Beispiel Wien-Ottakring:

Früher: 12 Standorte (acht Volksschulen, vier Hauptschulen).

Jetzt geplant: 4 Standorte (4 Volksschulen, keine Hauptschule).

Geschätzter Gesamtbedarf für Nachmittagsbetreuungsplätze in Wien:

* 60% aller PflichtschülerInnen.

* Stand: 26% ohne IKL; das IKL betreute 4% aller PflichtschülerInnen.

Wien, 30. Juni 1995 ●

Kündigungen

200 Kündigungen bei den Austrian Airlines (AUA). Die Flugzeugwartung der AUA soll künftig in Billiglohnländern stattfinden. Von den Kündigungen sind auch MitarbeiterInnen der Werft betroffen. Jährlich sollen 120 Millionen S eingespart werden. Umschulungsprogramme des Arbeitsmarktservice wurden laut Betriebsrat vom AUA-Management bisher nicht in Erwägung gezogen.

(Volksstimme, 29. Juni 1995) ●

Pensionsalter

Das durchschnittliche Pensionszugangsalter sank bei den unselbständig Erwerbstätigen seit Anfang der 70er Jahre um 3 Prozent. 1973 betrug es noch 60,5 Jahre (Männer: 61 Jahre, Frauen: 59,7 Jahre), im Jahr 1993 lag es bei 57,7 Jahren (Männer: 58,2, Jahre, Frauen: 56,9 Jahre) - laut Hauptverband der Sozialversicherungsträger. Im selben Zeitraum (von 1973 bis 1993) ist die durchschnittliche Lebenserwartung der Männer von 67 auf 72,9 und die der Frauen von 74 auf 79,4 Jahre gestiegen.

(Quelle: Solidarität, Nr. 770, Juli/ August 1995) ●

Auch der Standard schreibt über Frau Laska und das IKL. Wir zitieren aus der Tageszeitung Standard Nr. 1997 vom 29. Juni 1995, Seite 7, Redaktion Wien.

> Sozialstadträtin Grete Laska „hobelt“ im Sozialbereich: Projekte und Vereine werden umstrukturiert oder aufgelöst, Subventionen gestrichen. Späne fallen dabei auch, etwa bei gekündigten Karenzurlaubenden oder „Verleumdung“ rufenden Vergewaltigten-Beraterinnen.

Grete Laska macht ernst. Schon mit der Auflösung des Projektes „Interkulturelles Lernen“ hatte sie sich ungeachtet aller Gegenargumente dem Vorwurf der Sozialdemontage ausgesetzt, jetzt zieht die Sozialstadträtin ihre Linie weiter durch.

Kürzlich bestätigte das Arbeitsgericht die Rechtmäßigkeit der Kündigungen von 41 IKL-Angestellten während des Karenzurlaubes, weil der neue „Verein Wiener Kinder- und Jugendbetreuung“ nicht als Nachfolgeorganisation gilt. Nun erhielt der Notruf für vergewaltigte Frauen am Mittwoch die letzte Subvention, mit Jahresende soll er auslaufen.

„Laska erwirbt sich langsam aber sicher den Ruf eines kaltschnäuzigen Apparatschiks“, schäumt Grün-Gemeinderätin Susi Jerusalem: „Die Taktik ist klar: Strukturen der Selbstverwaltung werden aufgelöst oder ausgehungert, um sie durch Ver-

eine der Gemeinde zu ersetzen, die alleamt SP-nahe oder mit Personen aus dem Freundeskreis Laskas besetzt werden.“

„Blödsinn“, meint Laska: „Es muß durchaus nicht alles über die Stadt laufen. Aber wir schauen uns sehr genau an, ob die gewünschten Ziele mit unseren Subventionen erreicht werden.“

(...) Was das IKL betrifft „war es notwendig, die Kündigungen auszusprechen“, meint Laska. „Was wir nicht tun können - und das hat das Gericht bestätigt - ist alles 1:1 zu übernehmen.“ Die Bedarfserhebungen, wieviele Betreuer aus dem ehemaligen IKL-Team von 358 Personen im Herbst wieder gebraucht würden, seien vorige Woche abgeschlossen worden. „Der letzte Stand sind 42 Standorte von Lern- und Freizeitklubs mit jeweils 2 bis 4 Gruppen, dazu kommen noch die offenen Schulen und Ganztagschulen.“ Gerüchte, nachdem nur 90 bis 100 der Betreuer wieder aufgenommen würden, entbehrten daher jeder Grundlage: „Alle Kinder, die Betreuung brauchen, kriegen sie auch. Allerdings habe ich nie garantiert, daß alle Betreuer wieder Beschäftigung finden - es hat sich herausgestellt, daß auch gar nicht alle wollen.“

Auch dem Vorwurf, daß man ausländische IKL-Betreuer und -innen der Gefahr der Abschiebung aussetze, bestreitet Laska vehement: „Bisher gab es erst einen solchen Fall, und da nehmen wir die Anstellung bereits mit 1. August vor, um jegliche Probleme auszuschalten.“ <

Zitat Ende. ●

Gewerkschafts Stammtisch

Wir sind eine Gruppe von GewerkschafterInnen und an Gewerkschaftsarbeit interessierten Menschen. Wir sprechen über aktuelle Fragen der Arbeiterbewegung, über den ÖGB... Wir wollen ein Netz von engagierten GewerkschafterInnen aufbauen. Wir wollen uns einmischen und Aktivitäten planen. Voraussetzung für unsere Aktivität ist Information. Und diese wollen wir uns beschaffen und anderen anbieten.

**Wir treffen uns regelmäßig.
Neu ab September 1995!**

jeden 2. und 4. Mittwoch

im Monat
im Zentrum Erdberg
Lechnerstr. 2-4, 1030 Wien
(Infos unter: 59 70 432)

Du willst eine Einladung zum nächsten Treffen? Schreib an VORWÄRTS. Heute noch!

Gerade Jetzt: VORWÄRTS - die sozialistische Zeitung!

Einfach abonnieren - an VORWÄRTS schreiben:
VORWÄRTS, Postfach 2, 1082 Wien

Einfach Geld überweisen (öS 100.- für 10 Nummern):
Das VORWÄRTS-Abo-Konto - PSK 8812.733

DIE EINHEIT!

Eine neue Gewerkschaftszeitung.

Spendet! Wir brauchen EURE Unterstützung!

Unser Spendenkonto: PSK 8812.733!

Abonniert DIE EINHEIT!

10 Ausgaben Einheit und jede Menge Infos für 100 Schilling!

Einfach auf unser Abo-Konto überweisen: PSK 8812.733!

**VORWÄRTS und DIE EINHEIT
gemeinsam öS 150.- für 1 Jahr**

Im VORWÄRTS-Shop zu haben (inklusive Porto):

☛ das VORWÄRTS-Programm (35.-)

☛ Mexiko-Broschüre (25.-)

☛ 100 Jahre SJ - Ein kritischer Abriss (40.-)

☛ Sparpaket (10 Stück: 30.-)

☛ "Gegen Nazis" T-Shirts (120.-)

Wir freuen uns über jede Spende!

Spenden garantieren die Erscheinung von Vorwärts und **DIE EINHEIT!**

Mit Euren Spenden organisieren wir den Widerstand gegen den Sozialabbau!

Das VORWÄRTS-Spendenkonto: PSK 8812.733

50 Jahre und ...

13. Gewerkschaftstag der Gemeindebediensteten. 50 Jahre Zweite Republik - unter diesem Motto tagte die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG) eine Woche lang im Mai 1995 in Wien. Die GdG-Spitze bot die ganze SPÖ-Regierungsriege, sowie Wiens Bürgermeister Häupl und führende ÖGB-Funktionäre auf, um die fast 600 Delegierten zu beeindrucken. ÖGB-Präsident Verzetnitsch, zu dieser Zeit in Brüssel, grüßte sogar per Videowand.

● Thomas Kerschbaum
 Gastdelegierter zum 13. Gewerkschaftstag der GdG für den Namenslistenverbund KIV

Das Programm des Gewerkschaftstages sah nur einen halben Tag für die Diskussion der Berichte und einen Tag für die Diskussion der Anträge und Resolutionen vor. Allerdings war auch nicht mehr Zeit notwendig, denn von Seiten der FSG war bereits alles vorbereitet und vorgekaut. Es fanden am Beginn des Gewerkschaftstages eintägige Fraktionskonferenzen statt. Die FSG legte ihre Marschrichtung ebendort fest, kritische Diskussionsbeiträge zu den Anträgen kamen daher nur von den Fraktionen KIV (Konsequente Interessensvertretung), GLB (Gewerkschaftlicher Linksblock) und FCG (Fraktion Christlicher Gewerkschafter). Die Redebeiträge der FSG bestanden im Grunde nur aus den Berichten der Gewerkschaftsfunktionäre. Eine offene Diskussion zu den heißen Themen wie Sparpaket, gewerkschaftliche Demokratie, Ausländer-Politik und Gehaltspolitik fand erwartungsgemäß nicht statt.

Aufregung bei der Eröffnung der Konferenz

Eine Konferenz ohne Spannung, mehr eine Feier. Und diese Feier mußte ohne "Störungen" ablaufen. Die KIV hatte folgende Aktion geplant: Aufgrund der diffamierenden Äußerungen von GÖD-Vorsitzenden Dohr über die Sozialarbeiter im Zuge der Diskussion über den Anschlag in Ebergassing wurden Flugblätter produziert. Der Inhalt in Kürze: Dohr wurde aufgefordert, Stellung zu nehmen, wie er denn diesen Angriff auf die Sozialarbeiter verstanden wissen will. Die KIV protestierte entschieden gegen die Äußerungen Dohrs. Die Flugblätter sollten bei der Eröffnung des Gewerkschaftstages im Austria Center auf die Tische für jeden Delegierten, für jeden Gast - eben die SP-Regierungsmitglieder,

alle Vorsitzenden der Gewerkschaften, der ÖGB-Funktionäre usw. - bereit liegen. Die Flugblätter wurden also von den KIV-Delegierten aufgelegt, aber dann hurtig von den Sekretärinnen der GdG-Referenten wieder entfernt. Die Begründung: Die feierliche Eröffnung darf nicht gestört werden. Wir haben die Flugblätter wieder zurückbekommen und schließlich vor den Eingangstüren verteilt. Aber alle Aufregung war umsonst: Dohr erschien nicht zur Eröffnung. Besonders die FSG-Delegierten der Sozialarbeiter waren natürlich auch empört über die Äußerungen Dohrs, aber ihnen wurde von der GdG-Spitze verwehrt, bei der Eröffnung über dieses Thema zu sprechen. Der Schein der Solidarität auch mit dem FCGLer Dohr mußte gewahrt bleiben.

Alle Redner treten gegen Privatisierungen auf

Nicht nur der Vorsitzende der GdG, Koll. Weninger (FSG), ist in seiner Rede klar gegen die Privatisierung von öffentlichen Unternehmen eingetreten, sondern auch alle anderen offiziellen Redner, vor allem Wiens Bürgermeister Häupl (SPÖ) und ÖGB-Vizepräsidentin Schmidleitner (FSG). In einem Leitantrag, der mit den Stimmen von FSG, KIV, FCG und GLB angenommen wurde, spricht sich die GdG ebenfalls, recht kämpferisch, gegen jede Privatisierung von Gemeindeunternehmen aus. Im Grunde war dies der einzige beschlossene Leitantrag des Gewerkschaftstages, der die GdG in Konflikt mit der offiziellen SPÖ-Politik bringt - wenn dieser auch wirklich umgesetzt würde. Allerdings wird auch weiterhin in den Gemeinden privatisiert, ohne daß die GdG offen und kämpferisch dagegen protestiert. Die FSG-SPÖ-Funktionäre betreiben Politik hinter verschlossenen Türen, politische und gewerkschaftliche Funktionen überdecken sich oft - die Diskussionen an der GdG-Spitze und die Verhandlungen mit den Dienstgebern sind einfach

nicht nachvollziehbar, weder ein imperatives Mandat oder eine Rechenschaftspflicht „behindert“ die GdG-Spitze. Zum Beispiel: Der Vorsitzende des Wiener Gemeinderates und SPÖ-Abgeordnete Hundstorfer ist auch FSG/SPÖ-Funktionär, leitender Referent der GdG-Wien und freigestellter Personalvertreter in der MA 15/47. Die Losung Weningers ist denn auch überhaupt nicht kämpferisch, sondern weist in eine falsche Richtung: „Nicht weniger Staat, sondern besserer Staat.“ - Fast schon eine Aufforderung an die öffentlichen Dienstgeber (Bund, Länder und Gemeinden), kräftig zu rationalisieren, die Arbeit zu intensivieren und die Gehälter zu kürzen. Eben offizielle SPÖ-Linie.

Hunderte Anträge

KIV und GLB brachten einige kritische Anträge ein (Sozialpolitik, gewerkschaftliche Gehaltspolitik, Dienstrecht, Ausländer-Politik...), aber mit Ausnahme der Anträge, die sich ebenfalls gegen die Privatisierungen aussprechen, wurden sämtliche Anträge dieser Fraktionen an GdG-Gremien zugewiesen oder abgelehnt. Ein Antrag der KIV, der sich gegen die praktizierten Ausländer-Gesetze ausspricht, wurde ohne Begründung abgelehnt. Die FSG-Delegierten mußten sich auch keine "Sorgen" machen. Eine Antragsprüfungskommission der GdG (mit absoluter Mehrheit der FSG) prüfte alle Anträge - auch auf die politische Aussage hin - und "sagte" vor den Abstimmungen den FSG-Funktionären, wie sie sich richtig verhalten und wann sie die Hand heben müssen. Allerdings war diese riesige Menge an Anträgen ohne ausführliche Diskussion nicht zu bewältigen - und die hat es in den FSG-Gremien wohl nicht gegeben. Viele Delegierte „flüchteten“ zum Buffet, um sich mit Bier zu stärken. (Alle Anträge können bei der EINHEIT-Redaktion angefordert werden.) Nur, die Frage nach der Sinnhaftigkeit von Anträgen bei großen Gewerkschaftskongressen muß wohl gestellt werden. Denn in Wirklichkeit sind die angenommenen Anträge nur ein Stimmungsbild der dort anwesenden Mehrheit der Delegierten - also der FSG-Funktionäre. Die GdG-Politik wird in den Spitzengremien der FSG/ GdG gefällt, wo nur sehr wenige Spitzenfunktionäre sitzen. Die KIV stellte daher nur 11 Anträge zu we-

sentlichen Bereichen, um über die grundsätzliche Richtung der Gewerkschaft und ihrer Politik zu diskutieren - aber dieser Wunsch nach Diskussion fand bei der großen Mehrheit der FSG-Funktionäre keinen Widerhall, sehr oft stieß dieser auf offene Aggression. Ein FSG-Delegierter der Gaswerke und Bekannter meinte im persönlichen Gespräch zu mir: „Du bist jetzt a bei den Schwindlichen?“ - gemeint war die KIV.

Aktiv gegen Rechts

Alleine das Jugendreferat setzte durch eine Aktion ein positives Zeichen seitens der GdG-Zentrale. Mit der Aktion „Aktiv gegen Rechts“ tritt die GdG-Jugend offensiv gegen Rechtsextremismus auf. Ein heißes Thema in den Gewerkschaften, denn ansonsten verhalten sich die offiziellen Gewerkschaftsstellen eher sehr ruhig in Bezug auf Rechtsextremismus und Faschismus. Obwohl ein klares Bekenntnis gegen Faschismus in der Präambel der ÖGB-Statuten vorkommt, haben sich der ÖGB und seine Teilgewerkschaften nur selten und zögerlich gegen Rechts engagiert. Funktionäre und Aktivisten der Gewerkschaften, die tatsächlich auch öffentliche Aktionen starten, werden (wie in der Vergangenheit) im besten Fall nicht gefördert, aber meist zurückgehalten und gemäßregelt. Die GdG-Jugend wird damit zweifelsohne in Konflikt mit dem Gewerkschaftsapparat und so manchem höheren Funktionär kommen. Der Apparat wird den jungen AktivistInnen einige Kompromisse abverlangen.

Es stellt sich daher die Frage, ob die GdG-Jugend bereit ist, auch mit anderen antifaschistischen und antirassistischen Organisationen bzw. Initiativen zusammenzuarbeiten - und daher gegebenenfalls in Opposition zur Gewerkschaftsführung zu gehen? - Auch um den Preis, gemäßregelt und angegriffen zu werden. Allerdings wird das Leben von Jugendfunktionären in den Gewerkschaften oft von folgenden Fragen dominiert: Wie weit kann ich gehen?, Wird uns das Geld gestrichen? und Wie sieht meine Karriere in der Gewerkschaft aus?

Angesichts der rechtsextremen Tendenzen in der Gesellschaft - aber auch der Wahlerfolge der AUF-FA bei AK-, Betriebsrats- und PV-Wahlen - sollten die antifaschistischen und linken JunggewerkschafterInnen offen und kämpferisch auftreten - ohne Rücksicht auf Repression und Benachteiligungen durch den bürokratischen ÖGB-Apparat.

Das „Sparpaket 95“ und allgemeine Aussichten

Die Bundesregierung Vranitzky (SPÖ-ÖVP Koalition) reduziert die staatlichen Ausgaben durch enorme Kürzungen bei den Bediensteten des Bundes (Beamte und Vertragsbedienstete) - ergänzt durch eine Gehaltserhöhung von nur 2,87 Prozent für 1995 mit einer Laufzeit von 15 Monaten. Dieses Belastungspaket (bekannt unter Sparpaket) ist nur ein erster Schritt der Regierung, um die staatlichen Ausgaben massiv zu kürzen. Die Länder und Gemeinden folgen nach - alle Kürzungen gelten auch z.B. für die Beschäftigten der Stadt Wien. Doch die „Sparpakete“ der nächsten Jahre sollen, nach den Plänen der Regierung, noch umfassender sein. Offizielle Begründungen sind das hohe Budgetdefizit der Republik Österreich, die Erfüllung der Konvergenzkriterien der EU, die Sicherung des Industriestandortes Österreich... Doch was steckt dahinter: Die (Budget)Politik der Regierung hat zwei Seiten. Die Kapitalisten (in- und ausländische private Unternehmen und Konzerne) werden in jeder Hinsicht entlastet: Verringerung des Höchststeuersatzes, geringe Endbesteuerung von großen Vermögen (niedrige direkte Steuern), Deregulierung in der Wirtschaft, Übernahme aller EU-Regelungen durch den Beitritt, Verschärfung des Lohn-Dumpings durch Ausländer-Gesetze, keine Maßnahmen gegen die Steuerschulden der Unternehmer von ca. 50 Milliarden öS, geringe Kontrollen durch das Arbeitsinspektorat, Bankgeheimnis, Begünstigung von Spekulation und und und... Die arbeitende Bevölkerung soll eine Belastung nach der anderen tragen: Sozialabbau, Kürzung der Sozialleistungen, Kürzung der Ausgaben für Bildung, massive Erhöhung der Tarife und Gebühren für öffentliche Leistungen, überhöhte Wohnungsmieten, höhere Arbeitslosigkeit, steigende Steuerbelastung der ArbeitnehmerInnen, Reallohnverluste, hohe indirekte Steuern (wie Mehrwertsteuer), Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge und und und...

Natürlich stehen die Beschäftigten der öffentlichen Dienstgeber an vorderster Stelle beim Sozialabbau und bei den Kürzungen. Das „Sparpaket 95“ wurde im wesentlichen wie vorgesehen von der Regierung durchgesetzt, der sogenannte „Protest“ der Gewerkschaftsführung war zahnlos. Der Unmut der Wiener Gemeindebediensteten fand keinen Widerhall bei den FSG-Spitzenfunktionären. Die GdG-Führung sagt,

es werde keine weiteren Kürzungen bei den Gemeindebediensteten geben, ansonsten würde sie „natürlich“ Widerstand leisten. Na ja, was von solchen Aussagen zu halten ist, hat die Vergangenheit gezeigt. Außerdem ist es der Regierung und den öffentlichen Dienstgebern gelungen, die Gewerkschaften GdG, Öffentlicher Dienst und Post aufzuspalten. Die Eisenbahner-Gewerkschaft verhandelt bereits alleine mit dem ÖBB-Management. Jetzt wird die Post ausgegliedert und verhandelt extra mit der Post-Gewerkschaft. Diese Lage erschwert ein gemeinsames Vorgehen der großen Gewerkschaften.

Die Aufgabe von linken, fortschrittlichen und oppositionellen GewerkschafterInnen ist es, bereits jetzt immer wieder auf die neuen Pläne der Regierung hinzuweisen. Um die Angriffe der Regierung auf den Lebensstandard der arbeitende Bevölkerung abzuwehren, müssen alle gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen eingesetzt werden. Es ist natürlich eine bewährte Methode, der sich Regierung und Kapitalisten bedienen: aufspalten. Zuerst wird bei den Beamten gekürzt, dann bei den Arbeitslosen usw. Es soll verhindert werden, daß die Gewerkschaften solidarisch gegen alle Angriffe kämpfen. Die Gewerkschaftsführung spielt mit; es hat keinerlei Versuche von Seiten des ÖGB gegeben, eine breite gewerkschaftliche Front aufzubauen. Es gibt genügend Beispiele in Europa, welche Auswirkungen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit haben. Doch die ÖGB-Führung hält still und unterstützt die Regierung. In diesem Sinne hat der 13. Gewerkschaftstag der Gemeindebediensteten keine Antwort gegeben, die FSG-Führung hatte alles (außer den kleinen Oppositionsfraktionen KIV und GLB) unter Kontrolle - wie lange noch?

P.S.: Allfälliges. Das offizielle Geschichtsbild der GdG über den „Oktober-Streik“ 1950 ist von Gestern. In einer farbigen Jubelbroschüre der GdG über die Zweite Republik (Titel: „Wir schreiben Geschichte 1945-1995) kommt natürlich auch die Sprache auf den Oktober-Streik 1950. Ein Zitat aus dem Abschnitt „1945 - Der Aufbau“: (...) „Von 1947 bis 1951 werden fünf Lohn- und Preisabkommen beschlossen. Die sogenannte „solidarische Lohnpolitik“ ist notwendig, weil die starken staatlichen Subventionen für bestimmte Waren, besonders für Lebensmittel, abgebaut werden müssen. Da nicht alle Preise unter diese Abkommen fallen, entsteht bei

Arbeitern und Angestellten eine gewisse Unzufriedenheit, die die Kommunisten anlässlich des 4. Lohn- und Preisabkommens im September 1950 für eine Generalstreikparole ausnützen. Während die Streiks in den westlichen Bundesländern auf Appell der Gewerkschaft rasch zusammenbrechen, kommt es in der sowjetischen Besatzungszone zu offenem Terror. Der Gewerkschaftsbund sieht sich gezwungen, diesen „wildes Streiks“ mit Gewalt entgegenzutreten. Räumtruppen von Arbeitnehmern treten den Terroristen entgegen und beseitigen Straßensperren. Die härteste Bewährungsprobe der Zweiten Republik ist damit bestanden.“ (...)

Zum Thema ÖGB-Führung und Zweite Republik kann man sagen: nichts verstanden, nichts gelernt. Dieses Geschichtsbild deutet auf die politische Rolle, die sie auch noch heute spielt.

Und: Erstmals seit 1945 wurde bei der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten ein Fraktionsrecht in das Statut aufgenommen. Die Prozenzhürde bei Wahlen ist allerdings so gestaltet, daß eine unabhängige Gewerkschaftsgruppe de facto nur eine Chance auf Fraktionsstatus hat, wenn sie auch in Wien kandidiert. Es gibt keine ausgleichende Regelung, die die große Differenz zwischen Wien und den Gemeinden in den Bundesländern (bezogen auf die Anzahl der Beschäftigten) berücksichtigen würde. Es gibt eine Prozentzahl für ganz Österreich. Der Namenslistenverbund Konsequente Interessensvertretung ist aufgrund dieser Regelung eine Fraktion in der GdG. ●

Infos: Genaue Information über den Gehaltsabschluß der öffentlich Bediensteten und das „Beamten-Sparpaket“ 1995 gibt es bei der EINHEIT-Redaktion.

KIV? Konsequente Interessensvertretung (parteiloser Namenslistenverbund bei den Gemeindebediensteten);

FSG? Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter/innen (SPÖ-Gewerkschaftsfraktion im ÖGB);

GLB? Gewerkschaftlicher Linksblock (KPÖ-nahe Gewerkschaftsfraktion im ÖGB);

FCG? Fraktion Christlicher Gewerkschafter/innen (ÖVP-nahe Gewerkschaftsfraktion im ÖGB);

AUF-FA? Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher - Freiheitliche Arbeitnehmer (F-Arbeitnehmerorganisation).

Ein Antrag

Dieser Antrag wurde auf der Dienststellenversammlung der Magistratsabteilung 15/ 47 am 30. Mai 1995 einstimmig angenommen. Ein kleines Beispiel, wie „zufrieden“ so manche öffentlich Bediensteten mit „ihrer“ Gewerkschaft bzw. Personalvertretung sind.

Dienststellenversammlung beim nächsten „Sparpaket“

Das nächste Sparpaket kommt bestimmt. Der Dienststellenausschuß „Gesundheitswesen und Betreuung zu Hause“ wird aufgefordert, unverzüglich nach Bekanntwerden beabsichtigter Maßnahmen, die auch den öffentlichen Dienst betreffen, eine Dienststellenversammlung einzuberufen.

Inhalte des geplanten Sparpaketes sowie notwendige gewerkschaftliche Maßnahmen sollen auf dieser Versammlung diskutiert und beschlossen werden.

Begründung:

Das sogenannte „Beamten-Sparpaket“ enthielt eine Reihe von einschneidenden Verschlechterungen für die öffentlich Bediensteten.

In der Zeit zwischen den ersten Absichtserklärungen der Bundesregierung und dem Abschluß der Verhandlungen war es kein einziges Mal möglich, die Problematik mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen zu diskutieren.

Einem entsprechenden Antrag auf Einberufung einer Dienststellenversammlung ist der Dienststellenausschuß nicht näher getreten.

Derart gravierende Veränderungen sollten aber unbedingt unter Einbeziehung der Basis erörtert werden.

Anmerkung: Diesem Antrag stimmten auch FSG-PersonalvertreterInnen zu, die während der Verhandlungen zwischen Gewerkschaft und Regierung über das „Sparpaket 95“ gegen die Abhaltung einer Dienststellenversammlung stimmten. Die KIV (4 Mandate) in der MA 15/47 stellte den Antrag auf sofortige Durchführung einer außerordentlichen Dienststellenversammlung, die FSG-Mehrheit (9 Mandate) lehnte dies ab. Nach dem Abschluß des „Beamten-Sparpaketes 95“ stellte die KIV im Dienststellenausschuß den Antrag, eine offene Protestresolution gegen die Kürzungen bzw. Belastungen zu verfassen, die FSG-Mehrheit lehnte wiederum ab. ●

Sozialpartnerschaft und die GPA

Hans Sallmutter - seit 1994 Vorsitzender der GPA - hat durch seine Antrittsrede sehr viele Hoffnung geweckt.

Die Gewerkschaft sei „kein Bienenzüchterverein“, sie habe die Interessen der ArbeitnehmerInnen offensiv zu vertreten. Er sprach die Einkommens- und Eigentumsverteilung in Österreich an und erteilte jedem Versuch eines Sozialabbaus eine Absage. Aber was ist jetzt? In der „Kompetenz“ vom Juni 1995 findet sich in einem Kommentar von Koll. Sallmutter zur höheren Besteuerung des 13. und 14. Gehalts (Kompetenz 6/95, Seite 9) folgender Absatz: (...)**“Es soll aber jetzt kein falscher Ein-**

druck entstehen. Natürlich vertreten Gewerkschaften primär die Interessen der Arbeitnehmer. Das heißt aber nicht, daß Gewerkschaften unternehmerfeindlich sind. Denn die beste Zusammenarbeit ist die kollegiale, die (sozial-) partnerschaftliche.

Die gerechte Aufteilung der Belastungen, die der Staat seinen Bürgern auferlegen muß, gehört genauso dazu, wie gelebte Solidarität. Denn Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind miteinander verbunden wie die zwei Seiten einer Medaille. Daran sollte auch der Finanzminister denken, wenn er das nächste Mal die Münzen wirft.” ●

TAGES-LEISTUNG

● Josef Mutz

Bin jeden Tag um fünf Uhr aufgestanden
trotz massiver körperlicher Schmerzen
in die Straßenbahn eingestiegen
gefahren, umgestiegen, weitergefahren;
dann mit Bus weitergefahren
ausgestiegen, zu Fuß gegangen
angekommen, umgezogen, angetreten;
um sieben begonnen, bis zwölf geschuftet
dröhnendes Geläute: endlich! Maschinen stopp!
keinen eigenen Platz zum Essen
an die Maschine gesetzt
auf einem flachen Teil
Semmel und Kakao hastig vernichtet
Chef hämmert mir den Arbeitsplan für nachmittag
immer in meiner Mittagspause ein
keine Ruhe, kein Ausrasten, kein Streßabbau;
zwölf Uhr dreißig - dröhnendes Geläute - weiter!
alle anderen rauchen fast pausenlos
bin Nichtraucher, habe Kopfschmerzen
es stinkt nach Rauch und Maschinenöl
Maschinenlärm legt sich auf die Nerven
Maschinenlärm erzeugt Druck;
in der Halle herrschen Kälte und Papierstaub
Chef - kettenrauchend - drängt und befiehlt
ein einziges Lob in sieben Monaten
sonst nur Fehler aufgezeigt
Kleinigkeiten, winzige Sachen
unmöglich perfekt zu sein;
weiterhin Schmerzen
Abnützungerscheinungen von der Arbeit
der Rücken streikt
trotzdem auf drei Maschinen gleichzeitig gearbeitet;
denke an den Arbeiter neben mir
dreimal in sieben Monaten zusammengebrochen
neben mir, fast schon im Pensionsalter
Wirbelsäulenschäden im Endstadium
trotz drei Infusionen pro Woche
jeden Tag an der Maschine
noch drei Monate, dann Frühpension
und dann?
ein anderer verliert um ein Haar einen Finger
kann gerade noch angenäht werden
Arbeitsüberlastung!
wer keine Überstunden macht ist minderwertig
komme selbst in einer Streßsituation
mit meiner rechten Hand in eine Maschine
nichts passiert - nur gequetscht und geprellt
meine eigene Schuld;

fünfzehn Uhr dreißig - Läuten! aus für heute!
keine Überstunden
bin mensch und kein Tier;
umgezogen, nervös auf die Straße
Bus warten, viel Verkehr, Gestank und Staub
bekomme keine Luft, schwitze, bin aggressiv
einsteigen, umsteigen, weiterfahren, umsteigen
endlich aussteigen;
endlich werde ich ausgestiegen
endlich bin ich draußen.

*Josef Mutz; Jahrgang 1963, gelernter Buch- und Off-
setdrucker, Verpackungsmittelmechaniker, seit 1995
ehrenamtliche Tätigkeit im Verein „Der Würfel“, Mit-
arbeit bei der „Plattform gegen das Belastungspaket“,
vom Tagebuch zu Lyrik und Prosa, experimentell.*

Wo Ihr uns treffen könnt: (ab September 1995)

**"Uns reicht's - SozialistInnen wehren sich
am Montag (bitte bei der VORWÄRTS-Redaktion
anrufen - Telefon: 5970432) ab 19 Uhr
Zentrum Erdberg, Lechnerstr. 2-4, 1030 Wien**

**Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE)
Wien Süd - im "Rotpunkt" jeden Freitag ab 19 Uhr
Reinprechtsdorferstr. 6, 1050 Wien**

**JRE Wien West
jeden Freitag ab 19 Uhr im "Siebenstern"
Siebensterng. 31, 1070 Wien**

**JRE Wien Nord
jeden Donnerstag ab 18.45 Uhr
Allerheiligenplatz 17, 1200 Wien**

**JRE Wien Ost
jeden Donnerstag ab 19 Uhr in der "ARENA"
Baumgasse 80, 1030 Wien**

**SJ Wels -Gruppe Barricade
jeden Freitag ab 18 Uhr
Ecke Loyst./Eisenhowerstr., 4600 Wels**

**Jugend gegen Faschismus Wr. Neustadt
jeden Dienstag ab 18 Uhr
Kollonitschg. 12, 1. Stock
Wr. Neustädter Nachrichten**

Trotz hoher Gewinne weiterer Personalabbau bei der ÖMV

ÖMV (jetzt ohne Ö) ist für die Bundesregierung das Erfolgsbeispiel für die Privatisierung von verstaatlichten Unternehmen. Die ÖMV macht Gewinne für ihre Eigentümer. Doch die ÖMV ist für GewerkschafterInnen vor allem ein Beispiel, welche negativen Folgen für die Beschäftigten eine Privatisierung mit sich bringt. Das Beispiel ÖMV zeigt, welche Methoden und Strategien von einem Management angewandt werden, um im Sinne der Profitmaximierung und Kostenminimierung gegen die Interessen und Rechte der Beschäftigten vorzugehen. Die parteifreie Betriebsratsliste OFFENSIV in der ÖMV Wien produziert ein regelmäßiges Informationsblatt für die Beschäftigten.

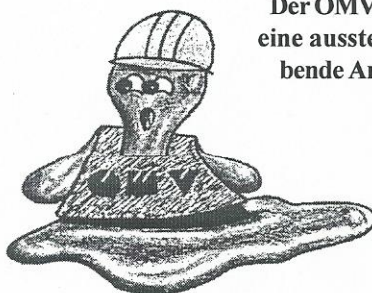
Die folgenden Beträge sind aus der Ausgabe Juni 95 (Nr. 4) übernommen. Die EINHEIT gratuliert der Betriebsratsliste OFFENSIV zu ihren Leistungen und zu ihrem offensiven Auftreten im Interesse der ArbeitnehmerInnen.

TROTZ HOHER GEWINNE WEITERER PERSONALABBAU GEPLANT!

Die „Panikmache“ und „Schwarzmalerei“ hat sich bewahrheitet: wenn das Management einmal mit Kürzungen bei uns Arbeitnehmern begonnen hat, hört es nicht mehr auf. Derzeit sind in der ÖMV AG ca. 4.500 Mitarbeiter beschäftigt. Im Jahr 1996 will der Vorstand den ÖMV-Personalstand bis auf 4.200 senken! Für das Jahr 2000 sind nur mehr 3.800 Mitarbeiter geplant!

Neue Lösungsmodelle?

Es liegen bereits Vorschläge der Unternehmensseite für neue Lösungsmodelle vor. Auch wenn es noch nicht ausverhandelt ist, so halten wir es doch für wichtig, daß der Betriebsrat seine Kollegen ständig über neue Angebote der Firmenleitung informiert. Der letzte Vorschlag: Freistellung mit 50 bzw. 55 - bei ca. 60-65% des letzten Bezuges (Gehalts-teil plus Pensionszuschuß). Laut ZBR kann mit diesem Lösungsmodell keineswegs fix gerechnet werden - es kann sich noch vieles ändern. Natürlich sollen die Abgänge weiterhin nur „freiwillig“ sein. Manche werden in diesem Klima sicher „freiwillig“ gehen. Andere werden in einem Gespräch mit



Der ÖMVI -
eine ausster-
bende Art?

dem Chef „freiwillig“ vom Gehen überzeugt. Immer wieder werden Kollegen von der Personalabteilung ganz unverbindlich gefragt, ob sie nicht schon gehen möchten - „freiwillig“, versteht sich.

3.800 - und dann?

Egal, mit welchen neuen Personalzahlen der Vorstand argumentiert: sofort wird neu überlegt, wie man diese Zahlen erreichen könnte, wo man die „Köpfe“ finden könnte.

Darf man denn die Zahlenvorschläge nicht mal in Zweifel ziehen?

Es darf nicht sein, daß jeder noch so schwachsinnige Vorschlag für Personalabbau einfach hingenommen wird.

Vorstand und Beraterfirmen wollen gar nicht wissen, ob die Arbeit dann noch ordnungsgemäß durchgeführt werden kann. Sie probieren einfach, wie lange sie den Druck auf uns erhöhen können. Daß dadurch neben der Arbeitssicherheit auch die Qualität leidet, scheint die hohen Herren nicht zu interessieren. Solange wir erdulden, solange wir - und vor allem der Betriebsrat - uns nicht einmal dagegen aussprechen, werden die Einsparungen und Angriffe auf unsere Rechte weitergehen.

ÖMV: DAS TOLLE ERGEBNIS 1994 ...UND WAS DAVON ZU HALTEN IST.

Die ÖMV Gruppe schrieb im Jahr 1994 617 Mio Schilling Gewinn - gegenüber 4,4 Milliarden Verlust 1993. Der Jahresüberschuß der ÖMV AG betrug immerhin 388 Mio - gegenüber 1,27 Milliarden Verlust 1993.

Die Zahlen haben die Aktionäre bei der Hauptversammlung offensichtlich zufrieden gestimmt. Dennoch sollte man sie genauer analysieren:

Bekanntlich war ein Großteil des Verlustes '93 durch „hausgemachte Altlasten“ verursacht, die z.B. Teilwertabschreibungen auf Beteiligungen notwendig machten. Dadurch waren die Voraussetzungen für eine gute Bilanz '94 geschaffen - der Vorstand konnte allerdings auch den erhöhten Druck auf die Belegschaft besser argumentieren und auf „Verständnis“ beim Personalabbau hoffen.

Das EGT (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit) hat sich in der ÖMV Gruppe tatsächlich von 924 Mio Verlust auf 840 Mio Gewinn gedreht.

Das EGT der ÖMV AG gibt allerdings Rätsel auf: es hat sich von 1.272 Mio '93 auf 388 Mio im Vorjahr verschlechtert.

Die Umsatzerlöse der ÖMV AG sind von 50,8 Milliarden '93 auf 48,1 Milliarden zurückgegangen - bereinigt um die Mineralölsteuer von 37.252 Mio '93 auf 34.166 Mio '94. Der Materialaufwand hat sich ebenfalls verringert.

Es wurden also am Markt weniger ÖMV-Produkte abgesetzt.

Der Umsatz der ÖMV AG ist seit 1991 ständig gesunken.

Der Marktanteil des Vertriebes ist von 32% '93 auf 31% im Vorjahr gesunken.

Erfolgsrezept Personalabbau?

Der Mitarbeiterstand der ÖMV AG wurde von 5.274 auf 4.732 (31.12.1994) gesenkt (1987: 6.356). Der offizielle Personalaufwand der ÖMV AG hat sich von 4.101 Mio '93 auf 3.881 verringert. Zählt man allerdings Abfertigungen und Pensionen dazu,

hat sich die Summe der Aufwendungen von 5.067 Mio '93 auf 5.441 Mio im Vorjahr erhöht. Dabei sind die Mehrkosten durch zusätzliches Leihpersonal und Aufträge an Fremdfirmen noch gar nicht erfaßt!

Das gute Vorjahresergebnis kann also nicht auf den Personalabbau zurückzuführen sein, wie in der Öffentlichkeit argumentiert wird.

Die Taktik scheint nur allzu durchsichtig: wenn alle glauben, daß das gute Ergebnis '94 auf den Personalabbau zurückzuführen ist, läßt sich der bereits geplante weitere Stellenabbau als scheinbares Erfolgsrezept leichter verkaufen.

Wen interessiert's schon, wenn der Personalabbau offensichtlich bereits an die Substanz der Firma geht?

Erklärungen:

EGT: (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit): im EGT sind alle ordentlichen Geschäftstätigkeiten der Firma abgebildet, ausgenommen Steuern und außerordentliche Bilanzposten (z.B. Stilllegung von Betrieben,...)

Umsatz: Summe der abgesetzten Waren mal Preis

Abschreibung: Wertminderung (meist vom Anschaffungspreis) von Anlagen, Gebäuden,...

GESETZE EINHALTEN! ÜBERSTUNDEN BEZAHLEN!

Auf die Mißstände im Vertrieb - zu viele Überstunden, teilweise unbezahlt - haben wir bereits mehrfach hingewiesen.

Auf die Aufforderung von BR Andrea Koch hin untersuchte das Arbeitsinspektorat die Gleitzeitnachweise des Vertriebes von Dezember und Februar.

Laut Ermahnungsschreiben wurden 249 gravierende Übertretungen des Arbeitszeitgesetzes festgestellt: in sämtlichen Fällen wurde „weit über 10 Stunden täglich“ gearbeitet. Sollten bei der nächsten Kontrolle „wieder derartige Übertretungen festgestellt werden, so erfolgt (...) Strafanzeige (...) und es wird im Zusammenhang mit §28 Abs.1 AZG ein Strafausmaß von S 1.000,— pro Übertretung beantragt.“

Es ist hoffentlich nur ein Gerücht...

daß im Vertrieb bereits folgende Ideen aufgetaucht sind, um das Arbeitszeitgesetz „einzuhalten“:

- die Kolleginnen und Kollegen bei den Zeiterfassungsgeräten durchziehen und dann weiterarbeiten lassen,

- offiziell keine Gleitzeit für jene Kollegen, die zuviele Überstunden leisten,
- Gleitzeiterfassung abschaffen oder ändern.

Die Verantwortlichen täten gut daran, weniger Überstunden (bzw. weniger Arbeit) zu verlangen und die ausständigen Überstunden zu bezahlen.

Sollte die untragbare Situation weiterhin aufrecht bleiben, werden wir das Arbeitsinspektorat sofort informieren. Strafanzeigen wegen Übertretungen gegen das Arbeitszeitgesetz wären nicht nur teuer für die OMV, sondern auch peinlich für die Geschäftsleitung.

Wie die vorhandene Arbeit dennoch erledigt werden kann, darüber müssen sich schon die Herren Manager den Kopf zerbrechen (z.B. durch zusätzliche Aufnahmen). Unbezahlte Überstunden sind sicher die unfairste Möglichkeit.

Fordern Sie nochmals Ihre ausständigen Überstunden (in Geld oder Freizeit) ein - wir werden Sie tatkräftig unterstützen! ●

Arbeitsinspektorat:

Die Aufgabe des Arbeitsinspektorates ist es, die Einhaltung von Vorschriften, die meist zum Schutze der Arbeitnehmer gedacht sind, zu überprüfen. Unternehmern, die Vorschriften umgehen und Rechte mißachten, ist diese Institution natürlich ein Dorn im Auge.

Für uns als Arbeitnehmer ist es umso wichtiger, daß die Gesetze - unsere Rechte - auch überwacht werden. Das Arbeitsinspektorat darf daher nicht eingeschränkt, sondern muß in Funktion und Umfang ausgebaut werden. Dabei kommt natürlich auch dem Betriebsrat eine wichtige Rolle zu, der gegebenenfalls das Arbeitsinspektorat zu informieren hat. ●

FAIRNESS

Die AKTION FAIRNESS - eine breit angelegte Unterschriftenaktion der neun Arbeitergewerkschaften des ÖGB fordert die Aufhebung der bestehenden Unterschiede zwischen ArbeiterInnen und Angestellten bei gesetzlichen Regelungen.

Die Schlechterstellung der ArbeiterInnen zeigt sich beim Entgeltfortzahlungsgesetz im Krankheitsfall, bei den Kündigungsfristen bei arbeitgeberseitiger Kündigung und in Fragen der Arbeitsverhinderung. Die Unterschriftenaktion läuft bis Ende September 1995. Die Vorsitzenden der Arbeitergewerkschaften, allen voran Koll. Nürnberger (Vorsitzender der FSG, Gewerkschaft Metall, Bergbau, Energie) haben die Aktion Fairness in einer Pressekonferenz angekündigt, die ÖGB-Zeitung Solidarität macht ebenfalls kräftig Werbung.

Nur die GPA und ihr Vorsitzender Sallmutter äußern sich distanziert zu dieser Unterschriftenaktion. Es dürfe, so Sallmutter in der „Kompetenz“ (Zeitung der GPA), nicht zu einer Schlechterstellung der Angestellten kommen, indem eine Gleich-

stellung zwischen ArbeiterInnen und Angestellten durch eine Verschlechterung der gesetzlichen Regelungen für die Angestellten erreicht wird. Allerdings hält sich die Aktivität der ÖGB-Führung sehr in Grenzen, denn die Forderungen der Gewerkschaften sollen erst so um die Jahrtausendwende erreicht werden. Die Durchführung der AKTION FAIRNESS und die unterschiedliche Haltung der Einzelgewerkschaften zeigen jedenfalls, welche unausgesprochenen Spannungen zwischen den Einzelgewerkschaften im ÖGB existieren, vor allem zwischen der GPA und den Arbeitergewerkschaften. ●

P.S. Die Unterschriftenlisten „AKTION FAIRNESS“ können beim Aktionstelefon der Gewerkschaften (Telefon (0222) 50146/277 Durchwahl) oder bei der Redaktion EINHEIT angefordert werden!

Russisches Roulette an der Börse

Die Wirtschaftskrise in Mexiko, die internationalen Währungsturbulenzen und der Zusammenbruch der Barings-Bank sind Symptome für die zunehmende Instabilität der weltweiten Finanzmärkte. Sie könnten sich in der nächsten Zeit zu einem regelrechten Crash auswachsen, mit schweren Auswirkungen für die Realwirtschaft.



Angela Bankert *Globalisierung*

Sozialistische Alternative Voran (SAV)
übernommen aus der marxistischen
Monatszeitung VORAN,
Ausgabe April 1995.

Grund ist der gigantische Kredit- und Spekulationsüberbau, der sich über der Wirtschaft wölbt und sich schon durch sein Ausmaß jedem Versuch einer Regulierung entzieht. Nie zuvor in der Geschichte des Kapitalismus haben Verschuldung und spekulative Geldströme ein solches Ausmaß wie heute angenommen, dazu noch in globalem Maßstab.

Wir sehen uns nicht nur der nach wie vor hohen Verschuldung der sogenannten „Dritten Welt“ gegenüber sowie der rasanten Zunahme der Auslandsverschuldung der osteuropäischen Staaten seit ihrem Wiedereintritt in den kapitalistischen Weltmarkt, sondern auch der wachsenden Verschuldung von Staat, Konsumenten, teils auch Unternehmen in den reichen Industrieländern.

Die USA entwickelten sich im Verlauf der 80er Jahre von der größten Gläubiger- zur größten Schuldnation der Welt und sind heute mit 870 Milliarden DM im Ausland verschuldet. Auch Aufschwung und 4 Prozent Wirtschaftswachstum im letzten Jahr - laut bürgerlichen Experten ein Zeichen für grundlegende Solidität - haben am Fortbestand des hohen US-Doppeldefizits bei Staatshaushalt und Außenhandel nichts geändert. Dies ist einer der Gründe für die anhaltende Dollar-Schwäche.

Die Globalisierung der Finanzmärkte, der wiederum die Globalisierung der Produktion zugrundeliegt, sorgt für weltweite Erschütterungen, sobald es an einer Ecke kriselt. Die Computerisierung im Börsenhandel bewirkt zusätzlich die blitzschnelle Ausbreitung der Effekte. Deregulierung, der Abbau von behördlicher Kontrolle der Finanzplätze, tat ein Übriges.

Diese Entwicklungen bedeuten, daß keine Notenbank, keine Regierung, keine nationale Gruppe von Kapitaleignern die Finanzströme mehr lenken oder nennenswert beeinflussen kann. Auch gemeinsame Notenbank-Interventionen erweisen sich als fruchtlos, wie spätestens die europäische Währungskrise 1992 zeigte, als gegen Lira, Pfund und schwedische Krone spekuliert wurde und diese sich schließlich vom Europäischen Währungssystem EWS abkoppeln mußten. An eine europäische Einheitswährung ist auf kapitalistischer Grundlage nicht zu denken.

Der Börsenkrach 1987 konnte noch durch koordiniertes Eingreifen der G 7 - Staaten (G 7 ist die Bezeichnung für die sieben führenden Industriestaaten, deren Regierungen Treffen veranstalten, um eine koordinierte Wirtschaftspolitik durchzuführen. Anm. der Red.) abgefangen werden. Heute gibt es nicht einmal theoretisch eine gemeinsame Strategie der G 7 - Staaten, geschweige denn, daß sie umgesetzt werden könnte. Nie zuvor hatten die Finanzmärkte ein solches Übergewicht über Produktion und Handel, über Nationalökonomie und Wirtschaftspolitik.

Geldmengen- Verselbständigung

1992 wurde der Welthandel mit einem Wert von 4.000 Milliarden US-Dollar beziffert, die weltweiten Finanzanlagen beliefen sich demgegenüber jedoch auf 5.000 Milliarden US-Dollar. Hinzu kommt das international „vagabundierende“ Geldkapital. Im April 1992 betrug der weltweite Umsatz an den Devisenbörsen durchschnittlich 880 Milliarden US-Dollar pro (Werk-)Tag.

Nur ein kleiner Teil der internationalen Finanzströme dient der Finanzierung des realen Warenhandels. Der weitaus größere Teil sind spekulative Gelder, immer auf

grenzüberschreitender Jagd nach kurzfristigen Gewinnen, wie sie sich aus Währungsschwankungen und Zinsdifferenzen ergeben. Ein ähnliches Abheben der Finanzsphäre von realwirtschaftlichen Vorgängen weisen die Aktien- und Immobilienmärkte auf, die in den 80er Jahren nie gesehene Höhenflüge erlebten.

So wurden auf dem Höhepunkt des Booms an der Tokioter Börse Aktien zu Preisen gehandelt, die bis zu 200mal über dem realen Wert des zugrundeliegenden Anlagekapitals lagen. Die Bodenpreise aller Grundstücke in Tokio lagen 1987 höher als die des gesamten Grund und Bodens in den USA. Japanische Konzerne - und nicht nur sie - erwirtschafteten höhere Gewinne aus ihren Finanzgeschäften als in der Produktion.

Zwar schrumpfte diese Spekulationsblase im Verlauf der letzten Rezession. So sackten die Aktien- und Immobilienpreise in Japan um 40-50 Prozent ab. Aber der weltweite Überhang an fiktivem Kapital, dem keine realen Werte zugrundeliegen, wurde nicht abgebaut, sondern trieb nur neue Blüten in anderer Form, zum Beispiel als Derivate.

Derivate

Die seit dem Zusammenbruch der Barings-Bank vieldiskutierten Derivate sind eine weitere Börsen-Spielart im globalen Casino-Kapitalismus. Derivate („Abkömmlinge“) sind Finanzverträge, mit denen über die Preisentwicklung anderer Finanzprodukte spekuliert wird. Es wird nicht mehr direkt mit Aktien, Immobilien, Rohstoffen, Währungen usw. spekuliert. Derivate sind Wetten über die Entwicklung zukünftiger Preise von Aktien und Währungen, also eine von der Spekulation abgeleitete Spekulation.

Ursprünglich dienten solche Verträge zur Absicherung von Risiken, zum Beispiel vor Preis-, Wechselkurs- und Aktienschwankungen. Sie sind aber auch geeignet, kurzfristige Gewinne aus den Schwankungen an den Finanzmärkten herauszuholen. Unter letzterem Aspekt nahm der

internationale Derivate-Markt in den letzten Jahren enorme Ausmaße an.

„Seit der Eröffnung der Deutschen Terminbörse DTB 1990 haben die Kreditinstitute das Volumen der derivaten Geschäfte auf rund 8.300 Milliarden Mark glatt verdreifacht.“ zitiert der SPIEGEL (10/95) die Bundesbank. Da Derivatgeschäfte oft kreditfinanziert sind, sich zum größten Teil im unbeaufsichtigten außerbörslichen Handel sowie bei den Banken im außerbilanziellen Geschäft abspielen, kennt keiner genau die Geldsummen, die am Derivatehandel hängen. Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Genf schätzte das Volumen von offenstehenden Derivate-Verträgen Ende 1993 weltweit auf 16.313 Milliarden US-Dollar.

Banken, Unternehmen und staatliche Stellen beteiligen sich an diesem russischen Roulette. Spektakuläre Abstürze erlebte nicht nur die britische Barings-Bank, sondern auch die deutsche Metallgesellschaft oder der Regierungsbezirk Orange County in Kalifornien, der in Konkurs ging.

Krise der Produktionsweise

Ursache für die enorme Aufblähung der Finanzmärkte sind die mangelnden Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals in der Produktion. Durch steigende Produktivität werden immer mehr Menschen im Produktionsprozeß „überflüssig“. Profite sind aber nicht aus Maschinen und Computern zu erzielen, sondern nur aus der Aneignung unbezahlter Arbeit, dem Mehrwert. Sie können jedoch nur realisiert werden, wenn es genügend kaufkräftige Nachfrage auf den Märkten gibt. Von beiden Seiten her gibt es seit Ende des Nachkriegsaufschwungs Mitte der 70er Jahre einen zunehmenden Druck auf die Profitabilität von in der Produktion eingesetztem Kapital. Sinn der kapitalistischen Produktion ist aber nicht die Befriedigung von Bedürfnissen und die Erweiterung der allgemeinen Lebensqualität, sondern die möglichst profitable Selbstverwertung des Kapitals. Wenn dies durch Investition in der Produktion nur noch unzureichend gegeben ist, sucht das Kapital andere Anlagemöglichkeiten. Dies ist die eigentliche Ursache für die drastische Ausweitung und relative Verselbständigung von Finanzanlagen, Kreditvolumen und spekulativen Geldmengen seit Mitte der 70er Jahre.

VORWÄRTS-Spendenkonto

PSK 8812.733

Kommt der große Krach?

Das instabile internationale Finanzsystem bildet einen Sprengsatz in der Weltwirtschaft, der im Prinzip jederzeit hochgehen kann. Wenn größere Finanzinstitute als Barings in Schwierigkeiten geraten, könnten sie Kettenreaktionen auslösen, die Unternehmen, ganze Devisen- und Aktienmärkte mit hinabreißen.

Die mexikanische Krise mit dem Verfall der Währung und des nationalen Aktienmarktes um 40 Prozent in nur zwei Monaten hat Schockwellen durch die internationale Finanzwelt gesandt. Um einen Domino-Effekt zu verhindern, schnürten die Clinton-Administration, Banken und der Internationale Währungsfonds IWF in Windeseile ein Hilfspaket von 50 Milliarden US-Dollar - mehr als ganz Osteuropa in den letzten fünf Jahren von dieser Seite erhalten hat und die größte Stützungsaktion für ein einzelnes Land seit Bestehen des IWF.

„Der GAU, der größte anzunehmende Unfall, ist durchaus möglich“, meint der Präsident des Deutschen Sparkassenverbandes, Köhler.

Ob er sich tatsächlich als GAU oder eher als Serie von „Mini-Krächen“ darstellt, ist schwer zu sagen. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden jedoch die Finanzmärkte in weitere Turbulenzen geraten, begleitet von Kapitalvernichtung und -entwertung. Eine internationale Finanzkrise würde den realwirtschaftlichen Aufschwung schwächen oder abwürgen, den Einbruch in die nächste Rezession beschleunigen und könnte gar eine Depression ähnlich wie in den 30er Jahren auslösen.

Schon heute leben hunderte von Millionen Menschen in absoluter Verelendung. 50 Millionen Arbeitslose in den reichen OECD-Ländern sind Indiz für die strukturelle Krise des Profitsystems selbst in seinen „Hochburgen“.

Solange die Profitlogik der Marktwirtschaft herrscht, werden im Gefolge depressiver wirtschaftlicher Entwicklungen soziale, ökologische und politische Verwahrlosung zunehmen. **Sozialismus oder Barbarei - diese Alternative stellt sich heute in globalem Maßstab. ●**

**Wieder zu haben:
der VORWÄRTS-Klassiker**

*Texte von und über
LEO TROTZKI*

jetzt bestellen - um 30 S inkl. Porto

Schicksal der Resolution

**„Uns reicht's -
SozialistInnen in der
SPÖ wehren sich!“**

Einige Bezirksorganisationen der Sozialistischen Jugend und Jungen Generation in Wien haben auf Initiative von VORWÄRTS-Unterstützern eine Resolution verfaßt: Uns reicht's - SozialistInnen in der SPÖ wehren sich! Sie fordern von der SPÖ einen sozialistischen Kurswechsel, um die sozialen Probleme der arbeitenden Bevölkerung wirklich bekämpfen zu können.

Die Parteiführung der SPÖ wird aufgrund ihrer bürgerlichen Politik kritisiert. Diese Resolution wurde von folgenden Organisationen der SPÖ-Wien bei Konferenzen im Frühjahr 1995 angenommen: SPÖ-Bezirksorganisation Landstraße, Sozialistische Jugend Wien und Junge Generation Wien. Aber die Vorsitzenden aller drei Organisationen haben trotzdem diese Resolution bei der Landeskonzferenz 95 der SPÖ Wien nicht eingebracht, trotz Protest von anwesenden Mitgliedern dieser Gliederungen. Da diese Resolution auch den Bruch mit der bürgerlichen ÖVP fordert, haben diese Vorsitzenden etwas für ihre Karriere in der Partei getan. Parteidemokratie à la Sozialdemokratie.

Die Jugendfunktionäre üben schön brav SPÖ-Kadavergehorsamkeit, damit sie, wenn sie „groß“ sind, vielleicht ins Parlament dürfen. (Auf den jeweiligen Konferenzen haben der SJ- und JG-Wien-Vorsitzende für diese Resolution gestimmt, aber in der Partei vertreten sie diese Meinung nicht.) Na bravo, mit solchen Aktionen wird man sicher viele linke Jugendliche zur Mitarbeit gewinnen. Wer die Resolution lesen will - es gibt sie natürlich bei der EINHEIT-Redaktion, wir senden sie gerne zu. Und

Diese SozialistInnen in der SPÖ treffen sich, diskutieren... Wo? Das erfährst Du bei der Redaktion. Einfach schreiben.

**Die EINHEIT
Postfach 2, 1082 Wien**

Unabhängige in der Gewerkschaft

Bericht von der Generalversammlung des Vereins „Unabhängige Gewerkschafter/innen für mehr Demokratie“ (UG) am Freitag, 9. Juni 1995

(...) Vorhaben für die nächsten Monate: Gemeinsam werden Kolleg/inn/en aus dem Bereich des Öffentlichen Dienstes, der Gemeindebediensteten und der Privatangestellten noch im Juni aus den vorgelegten Entwürfen einen aktuellen Plattformtext für eine erweiterte UG (die für alle überparteilichen Gruppen in PV. Gewerkschaft, Betriebsrat offen sein soll, die sich zu mehr Demokratie und gegen Sozialabbau bekennen) formulieren.

Dieser Text wird an die UG-Gruppen ausgesandt (kann beim Vorsitzenden - Josef Gary Fuchsbauer, 4643 Pettenbach 296, Anm. der Red. - angefordert werden) und wird bei einem „Kongreß“ am Sa. 14.10.95 in Wien beschlossen.

Dieser Kongreß soll in zeitlicher Nähe zum großen ÖGB-Kongreß die Medien auf die unabhängigen, vielfach vom ÖGB ausge-

sperren/ ausgehungerten Personalvertretungs- und Betriebsratsgruppen aufmerksam machen.

Nahziel: Eine möglichst große Zahl von Kandidaturen auf allen Ebenen bei den Personalvertretungswahlen im November 95 mit dem Zusatz „Unabhängige Gewerkschafter/innen für mehr Demokratie - UG“.

Fernziel: Das Erreichen eines Sitzes im ÖGB-Vorstand - was von der Stärke der UG her leicht, von der Bürokratie des ÖGB her aber schwer zu erreichen sein wird.

Dazu die neuesten Informationen aus dem ÖGB-Organisationsunterausschuß (von Koll. Bastecky): Da der Bundesvorstand des ÖGB im Juni 94 einen Bericht des Organisationsunterausschusses zustimmend zur Kenntnis genommen hat, gilt: Als Fraktion wird im ÖGB anerkannt, wer in 3 Bundesländern und in 3 Fachgewerkschaften Betriebsräte/Personalvertreter/innen vorweisen kann. - Aber: eine entsprechende Statutenänderung des ÖGB wird es nicht geben - weil sie nicht notwendig sei!

Das bedeutet, daß weiterhin der ÖGB-Vorstand wie bisher zusammengesetzt wird: Aus 56 Mandaten von den Mehrheitsfraktionen in den Fachgewerkschaften + 8 „Virilmandaten“ - diese werden vom Vorstand in seiner ersten Sitzung nach dem ÖGB-Kongreß vergeben (seit langem in gleicher Art und Weise: 2 an die FCG, je 1 an: Pensionisten, Katholische Arbeiterbewegung, Gewerkschaftliche Einheit, Gewerkschaftlicher Linksblock, Parteilose, Freiheitliche Arbeitnehmer - eine Änderung ist nicht in Sicht.).

Der ÖGB-Kongreß wird allerdings eine Statutenänderung beschließen: Jedes Mitglied bekommt das Recht auf Teilnahme an einer Gewerkschaftswahl. Es liegt allerdings dann an den Fachgewerkschaften, wie sie das handhaben (Wahlen auf Betriebsebene und danach nur mehr Delegierte führt erst recht zum Ausschalten kleinerer und unabhängiger Gruppen). ●

* übernommen aus der Zeitschrift (OÖLI-UG) **KREIDEKREIS** (Nr. 6/ Juni 95).

ÖGB - NEWS

Kostenbeiträge lösen keine Strukturprobleme: Ein Selbstbehalt beim Arztbesuch wird vom ÖGB strikt abgelehnt.

Ein Selbstbehalt beim Arztbesuch würde ältere Menschen und sozial schwache Gruppen besonders treffen und ist daher abzulehnen.

Ein striktes Nein zur Einführung eines Selbstbehaltes beim Arztbesuch. Das ist die Antwort des ÖGB auf die von Wirtschaftskammer-Generalsekretär Dr. Günter Stummvoll neuerlich erhobene Forderung nach Einführung einer Kostenbeteiligung der ASVG-Versicherten für Behandlungen beim praktischen Arzt, Facharzt und für Plomben beim Zahnarzt. Die Einführung eines Selbstbehalts würde bei ASVG-Versicherten lediglich zu einer Beitragsverschiebung von den Arbeitgebern hin zu den unselbständigen Erwerbstätigen führen. Derzeit liegt der Beitragssatz zur Krankenversicherung für Arbeiter bei 7,9

Prozent und für Angestellte bei 6,8 Prozent. Die eine Hälfte des Beitrages bezahlen die Arbeitgeber, die andere Hälfte die Arbeitnehmer. Die Einführung eines 20prozentigen Selbstbehalts der Versicherten würde diese Beitragsstruktur für die unselbständig Erwerbstätigen erheblich verschlechtern, meint der ÖGB. Da vor allem die ausufernden Kosten der österreichischen Spitäler das Hauptproblem der finanziellen Lage der Krankenkassen darstellen, würde ein Selbstbehalt beim Arztbesuch dieses finanzielle Problem jedenfalls kaum lösen. Völlig ungeklärt ist auch die Frage der Höhe eines Selbstbehalts: Ist dieser niedrig, sind die finanziellen Mehreinnahmen der Krankenkassen gering. Ist der Selbstbehalt beim Arztbesuch hoch, führt dies zu einer äußerst bedenklichen gesundheits- und sozialpolitischen Ungerechtigkeit.

Sozial schwache Gruppen sowie ältere Menschen wären nämlich von einer Selbst-

beteiligung wesentlich stärker betroffen als einkommensstärkere Gruppen und jüngere Menschen, so der ÖGB. (ögb-pd/ew)

Gewerkschaft warnt vor Arbeitslosigkeit am Bau.

Vor einer Verschlechterung der Beschäftigungssituation in der Bauwirtschaft warnt die Gewerkschaft Bau-Holz in OÖ. Sie fordert, daß es zu keiner weiteren Rücknahme von öffentlichen Baumaßnahmen kommen dürfe. Von Jänner bis Mai 1995 seien im Durchschnitt 44.190 Bauarbeiter in Österreich arbeitslos gewesen. Dies sei eine Steigerung um 5,2 % gegenüber 1994. Ursachen dafür seien die Rücknahme von Bauaufträgen im Bereich der ÖBB, die Einschränkung der Wohnbauförderung sowie die Verzögerung bereits ausfinanzierter Bauprojekte.

* beides aus: ÖGB Nachrichtendienst, Nummer 2798, 29. Juni 1995 ●

Arbeitslosigkeit

Der Jahresbericht des Arbeitsmarktservice (AMS) - Berufliche Rehabilitation Wien - zeigt die hohe Arbeitslosigkeit bei behinderten ArbeitnehmerInnen auf. Obwohl das AMS, wenn es mehr finanzielle Mittel hätte, mehr machen könnte, so zeigt die hohe Arbeitslosigkeit den Mechanismus des Kapitalismus klar auf: Trotz steigender Profite der Kapitalisten steigt die Arbeitslosigkeit, steigt die Konkurrenz unter den ArbeitnehmerInnen - die behinderten ArbeitnehmerInnen passen nicht in die „Logik“ des Kapitalismus.

Die Zahlen für die Jahre 1993 und 1994:

* Stand der monatlich vorgemerkten Arbeitssuchenden 93/94: 1.434/ 1558.

* Stand der offenen Stellen pro Monat 93/94: 27/38.

* Vermittlungen 93/94: 405/ 524.

* Monatsdurchschnitt der in Schulung befindlichen Personen 93/94: 79/ 108.

Es gibt grundsätzliche Forderungen für behinderte ArbeitnehmerInnen wie verstärkte Ausbildung, Schulung und Förderung, die zu einer Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten führen können: Stichwort Arbeitsassistent, die laut Behindertenkonzept der Bundesregierung ausgebaut werden soll, weil die Integration von Behinderten am Arbeitsplatz erreicht werden soll. Allerdings laufen seit 1992 erst 2 Modellprojekte in Oberösterreich und Niederösterreich - ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die gesetzliche Regelung über die Einstellungsspflicht schreibt vor, daß ein Unternehmen pro 25 Beschäftigte eineN behinderteN ArbeitnehmerIn einstellen muß. Doch das Unternehmen kann sich freikaufen von dieser Verpflichtung - indem es in den „Ausgleichstaxfonds“ einzahlt, dessen Mittel für die Integration Behinderter dienen. Doch der Betrag, der pro Jahr in den Fonds eingezahlt wird (mehr als 450 Millionen S) spricht für sich. Laut einem Artikel der „Kompetenz“ (GPA-Zeitschrift) bleibt in letzter Konsequenz für rund 50 Prozent der arbeitslosen Behinderten nur die Notstandshilfe.

„Es gibt zwei Möglichkeiten für Behinderte, in einem Betrieb unterzukommen:

In Sondereinrichtungen („Beschäftigungstherapie“ oder Geschützte Werkstätte“) sind österreichweit rund 11.000 Menschen beschäftigt.

Auf dem freien Markt kommt man bei „Geschützten Arbeitsplätzen“ unter.“

(„Kompetenz“ Nummer 1/95, „Der doppelte Kampf“)

Die GPA spricht von rund 40.000 Menschen, die „gezwungenermaßen untätig“ sind. Das Klima am Arbeitsmarkt wird zunehmend rauher, selbst die eigenfinanzierten „Geschützten Werkstätten“ müssen sich für die „besseren“ ArbeiterInnen entscheiden, um zu überleben. Ein Verdrängungsprozeß auch innerhalb der behinderten ArbeitnehmerInnen. Aber die Anliegen und Interessen der Behinderten kommen im allgemeinen Sozialabbau auch unter die Räder. Hier käme den Gewerkschaften eine zentrale Rolle zu, keinen Sozialabbau zuzulassen und für spürbare Verbesserungen zu kämpfen.

JedeR, die/der die betriebliche Praxis in Privatunternehmen (aber auch in vielen verstaatlichten und öffentlichen Betrieben) kennt, weiß, welche Stellung behinderte ArbeitnehmerInnen im allgemeinen haben. Es zählt eben nur der Profit. In Krisenzeiten werden die Kapitalisten versuchen, jede soziale Errungenschaft, die im Interesse unserer behinderten KollegInnen ist, abzubauen und sie nach Hause in die Arbeitslosigkeit zu schicken, weil es - wie so viele Errungenschaften der Arbeiterschaft - gegen ihr Interesse auf möglichst hohen Profit spricht.

(Der gesamte Jahresbericht des AMS - Berufliche Rehabilitation Wien kann beim AMS, Herbststraße 6-10, 1106 Wien angefordert werden.) ●

Das Sozialservice des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales hat die 5. Auflage von ÖSTERREICH SOZIAL 94/95 veröffentlicht. Dieses Nachschlagewerk gibt Informationen über Einrichtungen des sozialen Bereiches, es umfaßt 7.000 Adressen und Telefonnummern sowie 1.300 Beschreibungen einzelner Einrichtungen. Dieses Buch kann gratis bestellt werden bei: Sozialservice des BMAS, Geigergasse 5-9/3.Stock, 1050 Wien. ●

Ergebnisse der Bevölkerungsbewegung für 1994 liegen vor, folgende Trends sind erkennbar:

* Rückgang der Geburtenzahl (92.415, -3%); auch bei ausländischen StaatsbürgerInnen (12.618, -2,3%).

* Anteil der unehelichen Geburten (24.775) steigt weiter von 26,3% (1993) auf 26,8%. Rückgang der Sterbefälle (80.684) um 2,2%.

* Die Säuglingssterblichkeit (578) sank um 3,6% auf 6,3 Promille. Heiratshäufigkeit weiter sinkend (43.284, -3,8%).

* Zuwanderung nach Österreich (plus 19.000 AusländerInnen, darunter 9.400 Ex-JugoslawInnen) hat sich stark verringert (1993: 44.000).

Vor allem durch Wanderungsgewinne (plus 13.000 insgesamt), aber auch durch die positive Geburtenbilanz (11.731 Personen) stieg die Einwohnerzahl auf 8.040.000 Ende 1994 (plus 25.000). Der AusländerInnenanteil betrug 9,0% (721.000; plus 14.576 Personen). ●

**Ergebnis der Volkszählung 1991
Welcher Arbeitgebertyp?**

Die Volkszählung 1991 erlaubt auch eine Darstellung der Berufstätigen nach dem Typ (Rechtsform) des Arbeitgebers:

21 Prozent der Berufstätigen stehen im öffentlichen Dienst, aber nur ein Drittel davon (7 Prozent der Berufstätigen) arbeitet bei einer Gebietskörperschaft (Bund, Land, Gemeinde) in der Wirtschaftsklasse „Einrichtungen der Gebietskörperschaften“, und wiederum nur ein gutes Drittel davon (ungefähr 100.000 Personen; 2,8 Prozent der Berufstätigen) verrichtet Büro- oder Verwaltungstätigkeiten. Die Zunahme der öffentlich Bediensteten im letzten Jahrzehnt beträgt 1,7 Prozent pro Jahr.

Mit dem Stand von 1991 gibt es: 3.684.282 Berufstätige; 765.955 arbeiten bei Öffentlichen Arbeitgebern, 2.918.327 bei privaten Arbeitgebern. Bei der Verwaltung Gebietskörperschaften arbeiten 560.261, bei Kammern und Sozialversicherungsträgern 41.009 und bei Betrieben von Gebietskörperschaften 164.685 Berufstätige. ●

AKTION HANDELN

Derzeit sind zahlreiche Bildungs- und Integrationseinrichtungen von massiven Kürzungen betroffen! Alleine das Erwachsenenbildungsbudget des Bundes wurde um ein Fünftel zusammengestrichen. Auf Landes- und kommunaler Ebene setzt sich der Trend fort. Einzelne Projekte stehen vor der Schließung. Gleichzeitig gibt es in diesem Bereich einen Trend in Richtung Kommerzialisierung und Erhöhung des Arbeitsdrucks durch Sparmaßnahmen.

Wir protestieren gegen diese Entwicklung und ersuchen die GPA - als meist betroffene Gewerkschaft - zu handeln.

1. Volle Information aller Betroffenen durch Betriebsversammlungen und Veranstaltungen.
2. Bundesweite Konferenz aller Betriebsräte aus den betroffenen Bereichen, um Gegenmaßnahmen vorzubereiten.

| Name/ Einrichtung Funktion | Adresse | Unterschrift | Ich möchte aktiv werden |
|-------------------------------|---------|--------------|----------------------------------|
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |

**Ausgefüllte Listen an *VORWÄRTS*
Postfach 2 1082 Wien einsenden!**